

Sozio-ökonomische Entwicklung Deutschlands

Werkstattgespräch 3/2006

am 11. und 12. April 2006 in Berlin

Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung

Ihre Ansprechpersonen für die WS 3:

Dr. Rainer Land, Thünen-Institut Bollewick

Tel. 039931-54726

E-Mail: rla@thuenen-institut.de

Projektleiter der SOEB:

Dr. Peter Bartelheimer, SOFI, Göttingen

Tel. 0551/52205-51

Email: pbartel@gwdg.de

Inhaltsübersicht

Vorbemerkung

I. Fragmente zum Thema Fragmentierung

Rainer Land: Fragmentierung, Exklusion und Schrumpfung –
Leitbegriffe einer Beschreibung des Umbruchs in Ostdeutschland?
Diskussion

Thomas Hanf: Ungleichheit und Gerechtigkeit. Im Osten fehlen
strukturelle Anker der handlungsleitenden Grundorientierungen
Diskussion

II. Ostdeutschland – eine Transfergesellschaft. Und der Westen ist es auch

Ulrich Busch: Wirtschaftliche Lage, Struktur und Wirkung
der West-Ost-Transfers

Koreferat: Joachim Ragnitz

Diskussion

III. Spitzengruppe im Ziel, Hauptfeld weit abgeschlagen.

Fragmentierung wirtschaftlicher Entwicklung

Klaus-Peter Buss: Koreferat zum Diskussionspapier Teil 3

Diskussion

Michael Thomas, Rudolf Woderich: Regionale Disparitäten
und Sozialkapital

Diskussion

„NICHT-MEHR | NOCH-NICHT“.

Ein Film von Daniel Kunle und Holger Lauinger.

IV. Erwerbsarbeit mit Hilfsmotor. Der „sekundäre Integrationsmodus“ und die Gettoisierung der Überflüssigen.

Holger Alda: Sekundäre Arbeitsmarktintegration als Beobachtungskonzept
sozioökonomischer Berichterstattung

Koreferat: Olaf Struck

Diskussion

Friedrich Hauss: Unsichere Erwerbsbeteiligung und soziale Problemlagen

Diskussion

Christine Steiner: Die demographische Falle und die verlorene Generation

Diskussion

V. Schrumpfung: Raumordnung oder Gesellschaftsordnung?

Andreas Willisch: Fragen zum Thema

Podiumsdiskussion mit Wolfgang Kil, Ingeborg Beer, Tobias Robischon,
Christine Weiske, Peter Franz.

Bericht für die Berichterstatter: Was nehmen wir mit, was sollten wir lassen?

Raj Kollmorgen: Kritische Revision des Werkstattgesprächs

Abschlussdiskussion

Veranstaltungsort

Technische Universität Berlin, Hauptgebäude, Raum H 1035; Straße des 17. Juni
135, 10623 Berlin

Dokumentation der Beiträge, Foliensätze und weitere Informationen

<http://www.soeb.de>

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht über den Verlauf des dritten Werkstattgesprächs des Projektverbunds „Sozioökonomische Berichterstattung“ (SOEB) soll die wichtigsten Diskussionen und Ergebnisse des zweitägigen Werkstattberichts zusammenfassen.

Zu dem Werkstattbericht liegt ein umfangreiches Diskussionspapier vor, das unter www.soeb.de zu finden ist. In dem Diskussionspapier haben wir versucht, zu aus unserer Sicht wichtigen Problemfeldern einen Überblick über den Stand der Forschung und der wissenschaftlichen Diskussion zu geben sowie aus unserer Sicht zentrale Befunde und Hypothesen für die sozioökonomische Berichterstattung zu formulieren. Im Werkstattgespräch wurden einzelne Themen mit Referaten, Koreferaten und einer Podiumsdiskussion aufgegriffen und diskutiert. Eine Dokumentation der Beiträge bzw. der Foliensätze und der Podiumsdiskussion ist ebenfalls unter www.soeb.de zu finden.

In dem hier vorgelegten Text sollen vor allem die Diskussionen ausgewertet werden und aus der Perspektive der Veranstalter dargestellt werden, was wir aus diesem Werkstattgespräch mitgenommen haben, wobei der chronologische Ablauf der Tagung als strukturierender Rahmen beibehalten wird.

Die Veranstalter danken den Referenten und Teilnehmern für die Beiträge, die anregende und für unsere weitere Arbeit sehr wertvolle Diskussion, deren Ergebnisse in die Konzipierung des zweitens Berichts zur sozioökonomischen Entwicklung Eingang finden werden.

Des Weiteren bedanken wir uns bei Natalie Grimm und Carolin Weber für die Organisation der Werkstatt und die Unterstützung bei der Erstellung dieses Berichts. Im Bericht werden nur die Namen der referierenden oder diskutierenden Personen genannt, eine Liste der Teilnehmer mit Angabe der Institution finden sie am Ende. Literaturangaben finden sie im Diskussionspapier.

I. Einführung: Fragmente zum Thema Fragmentierung

Rainer Land: Fragmentierung, Exklusion und Schrumpfung – Leitbegriffe einer Beschreibung des Umbruchs Ostdeutschlands?

Im Ausgangspunkt des Einführungsbeitrags von *Rainer Land* (vgl. auch Foliensatz in der Materialsammlung) steht die Frage, in welchem Verhältnis die sozioökonomische Entwicklung in Ostdeutschland zum Umbruch des Wirtschafts- und Sozialmodells in Deutschland und in

Europa steht. Auch wenn die Transformation einer staatssozialistischen Gesellschaft und der spezifische Transformationspfad des Beitritts der Länder der DDR zur Bundesrepublik Deutschland das Entwicklungsszenario seit 1990 in hohem Maße bestimmen, wird die ostdeutsche Entwicklung nicht primär als Sonderfall, sondern als Teil des Umbruchs insgesamt verstanden und analysiert. Umbruch in Deutschland und Transformation in Ostdeutschland können nicht als zwei nebeneinander und sich bestenfalls überlagernde Prozesse verstanden werden. Vielmehr hängt die Lösung der Entwicklungsprobleme in Ostdeutschland in hohem Maße vom Verlauf des Umbruchs in Deutschland insgesamt ab, wie auch umgekehrt die Bewältigung der Umbruchsprobleme im westlichen Teil Deutschlands nicht ohne die Entwicklung in Ostdeutschland erfolgen kann. Obwohl die ostdeutsche Entwicklung durch eine Reihe transformationsbedingter Spezifika charakterisiert ist, muss sie als Teil des Umbruchs des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells verstanden, erforscht und in der sozioökonomischen Berichterstattung dargestellt werden.

Im Einleitungsbeitrag rekapituliert Rainer Land zunächst vorangegangene Umbrüche der kapitalistischen Sozialökonomik (große Depression, Weltwirtschaftskrise) und die Entstehung des fordistischen Wirtschafts- und Sozialmodells nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei entstanden zwei verschiedene und zumindest in der Verfasstheit ihrer Institutionen gegensätzliche Varianten, deren Vorgeschichte für die Transformation und Integration der beiden deutschen Gesellschaften berücksichtigt werden muss. Die westliche europäisch-angelsächsische Variante des Fordismus hatte ihren Ursprung in den USA, verbreitete sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern und war in den 1950er und 1960er Jahren Grundlage des deutschen „Wirtschaftswunders“. Die staatssozialistische Variante hatte ihren Ausgangspunkt in der stalinistischen Industrialisierung der 1930er und 1940er Jahre in der Sowjetunion. Der Versuch einer planwirtschaftlichen Steuerung einer auf der fordistischen Massenproduktion basierenden Industrieentwicklung bestimmte dann nach dem Zweiten Weltkrieg die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion, den mittel- und osteuropäischen Ländern des sowjetischen Einflussbereichs, vor allem des RGW und eben auch im Osten Deutschlands, in der SBZ und der DDR.

Mit dem beginnenden Umbruch in den 1970er und 1980er Jahren begann weltweit die Erosion der fordistischen Sozialökonomik, die sich in Wachstumsschwäche, einer steigenden Sockelarbeitslosigkeit und zunehmenden Funktionsdefiziten der sozialökonomischen Regulation niederschlugen. Dabei gelang es den entwickelten kapitalistischen Industrieländern mehr oder weniger, die Funktionsdefizite zu kontrollieren, zu kompensieren und zu versuchen, Innovationsprozesse zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung einzuleiten. Unabhängig

davon, ob man den Reorganisationsprozess der entwickelten kapitalistischen Fordismen der 1980er Jahre für nachhaltig hält oder nicht – fest steht, dass die staatssozialistischen Fordismen (und viele Schwellenländer) die schwächeren Glieder waren. Faktisch zeigte sich schon Ende der 1970er Jahre, dass sie nicht in der Lage waren, die Umbruchsfolgen zu kontrollieren. Die fehlende Fähigkeit, mit Innovationen oder wenigstens Anpassungen auf den Umbruch zu reagieren und sich an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen, führte zu einer anhaltenden Stagnation und zunehmenden Funktionsdefiziten. Man lebte von der Substanz (bzw. von Krediten). Die in der sozialistischen Industrialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten Potenziale wurden nicht nur nicht mehr weiterentwickelt, sondern auch immer weniger reproduziert. Kapitalstock und Infrastruktur zerfielen. Der Niedergang und Zusammenbruch der staatssozialistischen Wirtschaftssysteme und die anschließende Transformation in kapitalistische Marktwirtschaften sind global betrachtet also Teil der Erosion und des Umbruchs der fordistischen Sozialökonomik.

„Mit der deutschen Einheit wurden in Deutschland zwei historisch verschiedene Fordismustypen verbunden, die allerdings *auch* viele historisch begründete Gemeinsamkeiten aus der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte hatten. Mit dem Transfer eines weitgehend fordistisch geprägten Systems von Institutionen und oft auch Organisationen waren aber die eigentlichen Probleme nicht gelöst, denn beide Gesellschaften befanden sich im Umbruch. Die Integration der sozialökonomischen Strukturen und Ressourcen der DDR in die der BRD erfolgte in den Umbruch dieser Strukturen hinein. Die Transformation wurde ein Teil des Umbruchsszenarios in Ost- und in gewisser Weise auch in Westdeutschland. Unter diesen Voraussetzungen konnte man allerdings keine schnell in Gang kommende fordistische Entwicklung, keine Kopie der westdeutschen Fordismusvariante erwarten, sondern eher zusätzliche Verluste an Kohärenz. Im Wesentlichen hat die deutsche Einheit die Dysfunktionalitäten des Wirtschafts- und Sozialmodells, insbesondere der Sozialsysteme, aber auch der Erwerbsarbeit und der Wirtschaftsstrukturen erhöht, dabei aber wohl auch ihre institutionelle Reorganisation verzögert.“ (Land, S. 7)

In einem zweiten Teil des Einleitungsbeitrags stellt R. Land wichtige Merkmale eines idealtypischen Modells fordistischer Wirtschafts- und Sozialentwicklung und des dazu gehörigen Teilhabemodells dar, das die Entwicklung des Wirtschaftssystems mit der Entwicklung der Lebensweisen der Individuen koppelt. Dieses Grundmodell fordistischer Entwicklung hat für die Darstellung des Umbruchs vor allem eine erkenntnistheoretische Funktion, weil es ermöglicht, den Umbruch als partielle und tendenzielle Auflösung der Kohärenzen fordistischer

Entwicklungen und als offenen (und bislang nicht abgeschlossenen) Suchprozess nach neuen Entwicklungspfaden darzustellen.

Der zunehmende Verlust an Kohärenz des Wirtschafts- und Sozialmodells lässt sich an der ostdeutschen Entwicklung exemplarisch im Zeitraffer beobachten. Die zentralen Befunde lassen sich mit drei Schlagworten benennen, die auch der sozioökonomischen Berichterstattung über Ostdeutschland zugrunde gelegt werden sollen: *Fragmentierung*, *Exklusion*, *Schrumpfung*.

1. *Fragmentierte* wirtschaftliche Entwicklung bedeutet, Parallelität einerseits der Auflösung, der Modernisierung und Reorganisation der fordistischen Produktionsmodelle, Wirtschaftsstrukturen und Clusterstrukturen; gleichzeitig aber andererseits das Entstehen neuer „nachfordistischer“ Elemente (Branchen, Produkte, Verfahren, Organisationsformen, Arbeitsformen, Lebensweisen), die nicht voll passfähig sind, deren Zukunft noch ungewiss ist und die sich (noch) nicht kohärent mit den anderen, den modernisierten Teilen der alten (vorher fordistischen) Wirtschafts- und Sozialstruktur verbinden. Daraus folgt ein Nebeneinander von Aufwärts- und Abwärtsentwicklungen bei schwacher Synchronität.
2. Gesellschaftliche *Exklusion* ist vor allem die Folge der tendenziellen Auflösung des fordistischen Modells der Erwerbsarbeit durch die hohe Arbeitslosigkeit und durch das Entstehen neuer, nicht am Modell der fordistischen Erwerbsarbeit ausgebildeter, sogenannter „atypischer“ Formen der Erwerbsarbeit wie Mini- und Midi-Jobs, befristete Beschäftigung, neue Formen abhängiger Selbständigkeit usw. Das alte Modell sozialstaatlich eingebetteter fordistischer Erwerbsarbeit und die entstehenden neuen Formen der Erwerbsarbeit existieren nebeneinander, passen aber schlecht zusammen; die Dysfunktionalität zeigt sich besonders in den Sozialsystemen und ihrer Finanzierung. Überflüssige Erwerbsbevölkerung, die Entstehung eines neuen Typs multipler sozialer Problemlagen und eines neuen gesellschaftlichen Verfahrens zur Bearbeitung dieser Problemlagen, von uns „sekundärer Integrationsmodus“ genannt, sind Folgen, die mit einer Auflösung des fordistischen Teilhabemodells einhergehen.
3. In den ostdeutschen Regionen beobachten wir ein Nebeneinander von konzentriertem, eher punktuelltem Wachstum und diffusen, teilweise eskalierenden *Schrumpfungsprozessen*. Es entsteht nicht nur überflüssige Erwerbsbevölkerung, es finden sich auch überflüssige Industrieanlagen, die nicht mehr durch absehbare Umnutzungen aktivierbar sind und vorläufig liegen bleiben, überflüssige Teile der Infrastruktur, überflüssige Wohnungen und ganze Stadtteile. Der Funktionsverlust von Dörfern, Kleinstädten und einzelnen Teilen auch der Metropolen charakterisiert diese Art von Schrumpfung. Ein Teil der „Orte“ (Städte, Stadt-

teile, Dörfer) findet neue, andere Funktionen und damit eine neue inhaltliche Grundlage, einen Strukturierungsgrund, eine Richtung für ihre Reorganisation. Aber ein großer Teil agiert noch unbestimmt zwischen verschiedenen unsicheren Optionen (mühsam werdender Erhaltung alter und Suche nach neuen Funktionen). Andere finden keine Ansätze, die nicht abwanderungsfähige Bevölkerung verbleibt in solchen sozial verfallenden Stadtteilen, in Reststädten und Restdörfern.

Fragmentierung, Exklusion und Schrumpfung verstehen wir als Merkmale des ostdeutschen Umbruchsszenarios. Zugleich aber sollen in der Erosion der fordistischen Sozialökonomik auch die Prozesse und Ansatzpunkte aufgezeigt werden, die über die Erosion hinausweisen und als offene Suchprozesse aufzufassen wären, die unter Umständen (unter künftigen Umständen, die wir nicht genau kennen) in sozialökonomische Reorganisationsprozesse münden könnten. Auch wenn aus unserer Sicht die Konturen eines neuen Modells einer neuen „nachfordistischen“ Erwerbsarbeit, eines neuen passfähigen Zusammenhangs von Kapitalverwertung und Lebensweisen noch nicht erkennbar sind, können vielfältige Reorganisationsprozesse in Wirtschafts- und Lebensweisen aufgezeigt werden. Die Neubildung von Sozialkapital soll also beim Berichten über den Umbruch in Ostdeutschland eine gewichtige Rolle spielen.

Diskussion

In der Diskussion zum Einleitungsbeitrag stehen drei Fragen im Mittelpunkt. *Erstens: Wie ist Umbruch zu verstehen?* Luidger Dienel fragt, ob es sich um eine zwangsläufige Entwicklung handelt oder dabei auch Gestaltungsmöglichkeiten und Ansätze für eine neue Politik denkbar sind. Joachim Ragnitz fragt, was nach dem Umbruch kommt bzw. was das *Ergebnis des Umbruchs* sein könnte. Umbruch führt von einem bestimmten zu einem anderen System. Was aber soll das andere System sein? Fragmentierung und Umbruch bedeuten ja nicht das reine Chaos, sondern Innovationen, die aus dem Chaos etwas Neues machen und in ein neues Gleichgewicht führen. Man braucht im Umbruch eine Vision, wie man eine Gesellschaft zukünftig gestalten will. „Wir wissen nicht, was kommt“ – das reicht nicht.

Rainer Land antwortet dazu, dass Umbruch kein Automatismus ist, der zwangsläufig von einem neuen Wirtschafts- und Sozialmodell zu einem neuen Produktionsmodell führt. Vielmehr sind es gerade die Auseinandersetzungen um Gestaltungsmöglichkeiten im Umbruch selbst, also Suchprozesse und das Ringen um eine veränderte Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in einen neuen Entwicklungspfad führen können. Die Suche nach Gestaltungsmöglichkeiten ist also gerade Voraussetzung, dass es nicht bei Erosion und Niedergang bleibt, sondern

zum Umbruch *in* neue Entwicklungen kommen kann. Die Alternative „Automatismus“ versus „Gestaltung“ ist falsch.

Die Möglichkeit, Ergebnisse eines Umbruchs, die ggf. an einen Umbruch anschließenden neuen Entwicklungspfade, vorauszusagen, besteht kaum. Als Schumpeter Ende der 30er Jahre in den „Konjunkturzyklen“ die vorherige Umbruchsperiode, die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre analysierte, hatte er nicht den Funken einer Idee über eine möglicherweise entstehende fordistische Sozialökonomik. Und auch nach dem Weltkrieg in „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ lautete seine Prognose eher, dass der Kapitalismus wahrscheinlich keine neue Phase dynamischer Wirtschaftsentwicklung (in Schumpeters Sichtweise, keine neue lange Welle) mehr zustande bekommen wird. Das Beschreiben eines Umbruchs ist etwas anderes als das Prognostizieren der eventuell nach dem Umbruch zu erwartenden neuen Entwicklungen.

Was man machen kann und machen sollte ist, aufzuzeigen, welche Problemfelder, die Entwicklung heute blockieren, einer Lösung zugeführt werden müssen, damit wieder Dynamik entsteht. Da wären das Problem der Ökologie, die neue soziale Frage, die Reregulierung der Weltmärkte und die neue Rolle der Finanzmärkte zu nennen. Was aber die institutionellen und strukturellen Antworten auf diese Fragen sind, kann man eigentlich nicht vorhersagen.

Ein *zweiter Diskussionsgegenstand* ist das *Verhältnis von Umbruch und Transformation*. *Raj Kollmorgen* verwies auf die Funktion des Staates im Fordismus und bei der Gestaltung des Umbruchs, die stärker ausgearbeitet werden sollte. Zum Verhältnis von Umbruch und Transformation sieht er Klärungsbedarf. Gerade im ostdeutschen Fall sei das Verhältnis beider entscheidend. Kollmorgen hat Zweifel, ob die Auflösung und Ablösung des Fordismus mit Kohärenzunterstellungen dargestellt werden kann, die eine bestimmte Perspektive auf die 1950er und 1960er Jahre unterstellen. Kohärenzunterstellungen, die real nicht so existiert hätten. Inwieweit sind die fordistischen Regulierungsinstitutionen des Fordismus in mittel- und osteuropäischen Ländern adaptiert worden? Ist es nicht so, dass gerade die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen des Westens nicht übernommen worden sind?

Thomas Hanf unterstützt die Fragmentierungsthese, sieht aber Ergänzungsbedarf. Eine Differenzierung in Funktionssysteme zeigt: Fragmentierung findet man nicht nur im Wirtschaftssystem, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Funktionssystemen. Diese müssen anders untersucht werden. Das sei die Frage nach der Teilhabe, nach der Integration an anderen Teilsystemen. Beispielsweise in das Bildungssystem oder das Gesundheitssystem.

Bei der Darstellung des Verhältnisses von Transfer und Umbruch hat er auch Zweifel. Die Bedingungen des deutschen Transformationspfads haben den Umbruch für Ostdeutschland in

spezifischer Weise ausgelöst und geprägt, und zwar in Richtung auf eine Transfergesellschaft. Aus dieser Sicht ist der doppelte Umbruch ein Resultat des spezifischen deutschen Pfades. Das Problem dieses Pfades ist, dass die Suche nach Neuem, nach Innovationen sich verbietet, weil unter den Bedingungen einer Transfergesellschaft die Bedingungen für Innovationen immer wieder untergraben werden. Es entsteht ein Kreislauf, bei dem Ansätze für Neues zwar entstehen, aber durch die Transferkonstellationen immer wieder untergraben werden. In Wirtschaft und Politik oder auch Kultur und Bildung gehen alle Ansätze von einer westdeutschen Problemlage aus, die aber nicht die ostdeutsche Problemlage ist. Daher werden Reformvorschläge, Ansätze für Neuerungen immer aus dieser Perspektive selektiert. Zum Beispiel konzentriert sich die Politik seit 1998 auf die westdeutsche Mittelstandsgesellschaft. Dazu gibt es aber in Ostdeutschland keine sozialstrukturelle Äquivalenz. Daher musste dieses Programm an Ostdeutschland aus sozialstrukturellen Gründen vorbei laufen. Sozialpolitische Strukturierung und institutionelles Handeln kommen in eine prekäre Balance. Die Frage ist also, welche Impulse können in einer solchen Situation von der in Ostdeutschland fragmentierten Situation ausgehen, um Reorganisation denken zu können?

Andreas Willisch erklärt, dass ihm die These vom *doppelten* Umbruch immer unplausibler erscheint. Das Institutionensystem wurde transferiert, aber es hat so ja nicht funktioniert. Zum Beispiel im dualen System. Von Anfang an hat es bezogen auf die Übernahme der Ausgebildeten in die Betriebe im Osten eine ganz andere Praxis gegeben. Es geht von Anfang an eher um Umbruch als um Transformation.

Zum Verhältnis von Transformation und Umbruch erklärt *Rainer Land*, dass er von einer Überlagerungsdeutung schrittweise dazu gekommen sei, das Umbruchsthema in den Vordergrund zu stellen. „Wie denkt sich das, wenn man das Umbruchsthema dominant macht und die Transformation als ein Subthema des Umbruchs behandelt?“ Manche Probleme mit der Transformationsthese ließen sich so deutlich besser lösen. *Thomas Hanf* hat aber recht, wenn er feststellt, dass speziell das deutsche Transformationsszenario noch mal eigene Probleme und auch Blockadekonstellationen in das Geschehen bringt.

Ein *dritter Diskussionspunkt* bezieht sich auf die *Funktion*, die das *Fordismusmodell* in der Berichterstattung hat. *Benjamin Nölting* meint, das idealtypische Modell des Fordismus erklärt, warum das damals funktioniert hat. Die Frage sei aber, ob dieser Ansatz nicht auch den Blick verstellt. In den Vordergrund trete die Transformation und Reproduktion der westdeutschen Mittelstandsgesellschaft. Müsste man den Schwerpunkt nicht auf politische und kulturelle Suchprozesse richten?

Dietmar Dathe macht auf Schwierigkeiten aufmerksam, empirische Ergebnisse an die Theorie, speziell die Umbruchsthese, zurück zu binden. Ein Beispiel seien Arrangements bezogen auf Familie, Hausarbeit und Erwerbsarbeit. Da sei Westdeutschland ein Sonderfall, deutlich anders als England, Frankreich oder Skandinavien. Aber auch Ostdeutschland ist anders. Wie will man diese Unterschiede in einem Fordismusmodell unterbringen?

Rainer Land antwortet, dass Fordismus nicht als *ein* konkretes empirisches Modell aufgefasst werden darf, sondern ein in sich differenziertes Feld verschiedener Modelle darstelle, zu dem eben staatssozialistische wie marktwirtschaftlich-kapitalistische Grundvarianten und viele nationale Varianten gehören. Sie hätten allerdings übergreifende Gemeinsamkeiten, die aber nicht in den jeweils spezifischen Strukturen bestünden, sondern *in der Art und Weise, wie sozioökonomische Entwicklung*, also wirtschaftliche und soziale Entwicklung erzeugt werden. Die Kopplung von Massenproduktion und Massenkonsumtion, von Produktivität und Wachstum und ein steigender Arbeitskräftebedarf gehören dazu. Aber die nationalen Lösungen für diese notwendigen fordistischen Kohärenzen sind sehr verschieden. In der DDR wurde der steigende Arbeitskräftebedarf in den 1950er und 1960er Jahren vor allem durch die Rekrutierung der Frauen und dann der Landbevölkerung als Industriearbeitskräfte gedeckt, in Westdeutschland durch damals „Gastarbeiter“ genannte Migranten. Die Folge ist u. a. eine grundverschiedene Ausgestaltung des Verhältnisses von Frauen und Männern bezogen auf das fordistische Normalarbeitsverhältnis in West- und Ostdeutschland. Beides sind fordistische Regime, man kann also nicht eine empirisch konkrete nationale Variante *die* fordistische nennen. Aber jede fordistische Ökonomie musste im Entwicklungszusammenhang eine Antwort auf die Frage nach der Regulierung des Zusammenhangs von Produktivität, Wachstum und Arbeitskräftebedarf finden. Diese kann national durchaus verschieden sein.

Richtig aber ist an Dathes Einwand, dass es empirisch schwierig ist, die Modellvorstellung in Mikrodaten darzustellen, weil in den Mikrodaten kaum lange Reihen existieren. Und dann sind die konkreten nationalen Varianten auf der Mikroebene nicht ohne weiteres vergleichbar, auf der Makroebene schon.

Kohärenzen bedeuten nicht, dass im Fordismus alles so bleibt wie es einmal ist, sondern dass in dem permanenten Wandel, der sich in Wirtschaft und Lebensweisen vollzieht, die entstehenden Konflikte so bearbeitet und gelöst werden, dass die Dynamik nicht verloren geht und die Gesellschaft nicht auseinander bricht. Kohärenzen bestimmen die Art und Weise der Lösung von Entwicklungsdivergenzen.

Thomas Hanf: Ungleichheit und Gerechtigkeit. Im Osten fehlen strukturelle Anker der handlungsleitenden Grundorientierungen

Der Beitrag von *Thomas Hanf* „*Integrationsdefizite und Handlungsorientierungen*“ (siehe auch Vortragstext in der Materialsammlung) widmet sich der Frage, inwieweit subjektive Handlungsorientierungen in den Gegenstand der sozialökonomischen Berichtserstattung einbezogen werden sollten: „Der bisherige konzeptionelle Ansatz der indikativen Beschreibung des Zusammenhanges von Arbeit und Lebensweise und der Lebensweise selbst betont zwar die Eigenständigkeit der Lebensweise und hebt ihre Autonomie gegenüber der Arbeit und den wirtschaftlichen Entwicklungsfaktoren hervor. Aber er vermittelt doch den Eindruck, dass die im Rahmenkonzept genannten eigensinnigen Elemente der Lebensweise sehr gut auch als determiniert durch die wirtschaftliche Entwicklung und der institutionellen Form der Vermittlung von Arbeit und Lebensweise interpretiert werden können. Einen Grund dafür sehe ich in der Ausblendung der subjektiven Handlungsorientierungen.“ (Hanf, S. 1) Unter den Voraussetzungen eines Umbruchs müsse man davon ausgehen, dass es Diskrepanzen zwischen den Zielen, Motiven, Wertbindungen und Erwartungen einerseits und dem praktischen Handlungsvollzug unter Funktionsimperativen und institutionellen Zwängen andererseits geben wird. Das ist besonders für Ostdeutschland zu erwarten und lässt sich, so Hanf, auch empirisch zeigen. „Daher geht mein Vorschlag an die Konzeption der Berichterstattung dahin, die institutionellen Bedingungen des Handelns und die Handlungsorientierungen der Menschen selbst stärker einzubeziehen, um auf Defizite der institutionellen Integration Ostdeutschlands gezielter hinweisen zu können. Nicht nur die Funktionssysteme der ostdeutschen Gesellschaft (und die Wirtschaft ist eines von ihnen) weisen erhebliche strukturelle Defizite und funktionale Einschränkungen auf, auch in den Lebensweisen haben Menschen vielfach ihre institutionellen Stützen verloren.“ (Hanf, S. 2) Dies wird in dem Beitrag an den Gerechtigkeitsorientierungen dargestellt, die das SFZ (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.) untersucht hat. Untersuchung und Befunde werden in dem Beitrag skizziert. „Die Gerechtigkeitsauffassungen weisen eine von gegenwärtig in der Gesellschaft vorherrschenden Gerechtigkeitsauffassungen abweichende ‚Logik‘ der Zustimmung und Ablehnung von unterschiedlichen Gerechtigkeitsdimensionen auf. So verbinden sich z.B. Zustimmungen zu Grundsätzen der Umverteilung zugunsten Schwacher mit Zustimmungen zur Einschränkung staatlicher Verantwortung ebenso, wie Leistungsgesichtspunkte mit hohen Maßstäben sozialer Sicherung.“ (S. 4) Des Weiteren sei eine geringe sozialstrukturelle Differenzierung der Gerechtigkeitsvorstellungen zu beobachten. Für die in der Auswertung gebildeten

vier Cluster „konnten keine durchgängigen sozialstrukturellen Differenzierungsfaktoren ermittelt werden.“ (S. 5) Nach Hanf zeigt sich hier die Verselbständigung der Gerechtigkeitsvorstellungen gegenüber der realen sozialen Differenzierung, „eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem institutionellen Selbstverständnis einer Gesellschaft und den auf dieselben Grundwerte und Institutionen bezogenen Handlungsorientierungen der Menschen“. (Hanf, S. 10).

Die Sozialökonomische Berichterstattung sollte diese defizitären Gesichtspunkte des Selbstverständnisses der grundlegenden Institutionen und ihrer Befähigung, den Menschen für sie annehmbare und lebbare Handlungsorientierungen für eine sozial gerechte und selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft an die Hand zu geben, in ihre Darstellung einbeziehen.

Diskussion

In der Diskussion stellt *Olaf Struck* zunächst die Frage nach den *Bewertungsmaßstäben eines Umbruchsszenarios*. Fordismus ist aus seiner Sicht kein geeigneter Bewertungsmaßstab, weil es da große Unterschiede zwischen den verschiedenen Fordismen gibt. Man müsse also sowieso sagen, was man wolle. Die Frage sei eigentlich: Was ist die Zielorientierung, die Orientierung an einer Zielgesellschaft, die wir eigentlich wollen? Dies sei zwar normativ gesetzt, aber das sei die Fordismusfrage auch. Ein möglicher Weg wäre, als Zielorientierung eine Mischung zu nehmen zwischen dem, was die Leute empirisch messen wollen, also Handlungsorientierungen, Teilhabechancen und Gerechtigkeitsorientierungen, abgefragt bei den Menschen, und den institutionellen Rahmenbedingungen, die diese Teilhabevorstellungen sicherstellen können.

Zu den Untersuchungen des SFZ sagt *Olaf Struck*, dass auch am SFB 580 Untersuchungen zu Gerechtigkeitsvorstellungen der Ostdeutschen durchgeführt worden seien, die das gleiche Ergebnis gezeigt hätten: amorph und sozialstrukturell entkoppelt. Aber in Ost- wie in Westdeutschland gibt es eine starke Abhängigkeit von Verfahrensgerechtigkeit. 1991 hatten wir gleiche Gerechtigkeitsorientierungen in Ost und West, wie an Allbus (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) nachvollzogen werden kann. Mit dem Prozess und dem Erleben der Transformation geht dies dann auseinander, die Ostdeutschen werden kritischer. Die Westdeutschen werden auch kritisch, aber die Ostdeutschen werden deutlich kritischer, z.B. in Bezug auf Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit usw. Am SFB gäbe es einen Datensatz, an dem Lohnsenkungen und Kündigungen untersucht wurden. Da zeigen sich auch amorphe und sozial entkoppelte Gerechtigkeitsorientierungen, aber: es hängt vom

Verfahren ab. Wie geht der Arbeitgeber bei Kündigungen und Lohnsenkungen vor? Immer also bestimmt das konkrete Erleben die Gerechtigkeitsvorstellungen.

Wenn es richtig ist, dass Ost- wie Westdeutsche sich stark an Fragen der Gerechtigkeit und der Effizienz orientieren, eine Mischung von Leistung und Umverteilung präferieren, auch staatlicher Umverteilung, sofern sie Chancengleichheit und Reintegration fördert, wenn das das Ergebnis der „gesammelten Gerechtigkeitsforschung“ ist, dann wäre es doch zu überlegen, ob dies nicht als das normative Leitbild genommen werden sollte. Offensichtlich gibt es da einen bundesrepublikanischen, in Ost wie in West akzeptierten, institutionell gewachsenen Grundkonsens: Teilhabechancen sind o.k., Leistung darf nicht gefährdet sein, aber Umverteilung im Sinne von Chancengerechtigkeit und Teilhabechancen ist möglich. Wenn es so einen Grundkonsens gibt, dann könnte man diesen zum Maßstab machen und fragen, wer ist da ausgeschlossen und wer nicht. Auch dies wäre immer noch ein normativer Maßstab, aber eben ein empirisch gestützter.

Friedrich Hauss verweist auf Umfragen unter Krankenversicherten. Die Unterschiede zwischen grundsätzlichen Einstellungen und verhaltensgesteuerter Einstellung im konkreten Fall finden sich überall. Da gibt es auch wenig Unterschiede zwischen Ost und West, z.B. in Bezug auf ein solidarisches Gesundheitswesen.

Peter Bartelheimer findet, dass der Begriff der Lebensweise in der sozioökonomischen Berichterstattung auch Handlungsorientierungen enthalten würde. Richtig ist aber, dass die Behandlung von Einstellungsfragen, der sogenannten subjektiven Indikatoren, eines der grundlegenden Probleme der Berichterstattung darstellt. Eine ganz schlechte Lösung ist, auf der einen Seite harte ökonomische und soziale Fakten zu messen und auf der anderen Seite mit sehr allgemeinen subjektiven Indikatoren zu arbeiten wie beispielsweise mit Zufriedenheitsskalen oder der Einschätzung des Vertrauens in Institutionen. Da kann man leicht Diskrepanzen feststellen, aber zwischen den beiden Messgrößen gäbe es keine klaren Beziehungen und daher einen großen Raum für mehr oder weniger beliebige Interpretationen. Die Integration objektiver und subjektiver Indikatoren gelingt da besonders gut, wo Verhaltensorientierungen mit dem tatsächlichen Verhalten zusammen gebracht werden können. Grundsätzlich scheint für die Berichterstattung der richtige Weg, Lebensweise zunächst mal am tatsächlichen ökonomischen und sozialen Verhalten zu messen. Und das tatsächliche Verhalten ist ja so etwas wie eine *realisierte* Einstellung. Man muss dann allerdings korrigieren, weil das tatsächliche Verhalten oft nicht das frei gewählte Verhalten ist. Deswegen ist zum Beispiel in dem Konstrukt der „Beschäftigungsfähigkeit“ auf der Mikroebene die Erwerbsorientierung als Merkmal ausdrücklich enthalten und man könne dann unterscheiden zwischen Personen,

die arbeitslos gemeldet sind und solchen, die auf Grund ihrer Erwerbsorientierung auch zum Erwerbspotenzial gehören, auch wenn sie nicht arbeitslos gemeldet sind. Dadurch wird das gemessene Aggregat der Erwerbslosen größer. Wir können aber auch Unterschiede feststellen: in Ostdeutschland ist die stille Reserve deutlich kleiner, weil die Erwerbspersonen, die auch eine Erwerbsorientierung haben, tatsächlich in höherem Maße arbeitslos gemeldet sind.

Wo ebenfalls eine solche Verknüpfung objektiver und subjektiver Indikatoren gelingt, ist bei der Frage der Deprivation, der Unterversorgung. Wenn man zunächst fragt, welche Items werden als notwendig erachtet und dann, wie ist die Versorgung mit diesen Items, dann hat man eine Korrektur, die bestimmte Interpretationsprobleme vermeidet, die man sonst mit Armutquoten hat.

Peter Bartelheimer führt weiter aus, dass man in der Berichterstattung gut beraten sei, die Punkte herauszusuchen, an denen Einstellungsfragen mit konkretem sozioökonomischen Verhalten zusammengebracht werden können. Im Übrigen habe er den Eindruck, das kontrafaktische Festhalten an Einstellungen, der Dissens zum System, keine ostdeutsche Spezialität ist. Aber dies ist schwer zu messen und er sei unsicher, wie weit man sich in einer evidenzbasierten Berichterstattung auf dieses Feld begeben solle.

Holger Alda fragt, ob die Differenz zwischen Einstellungen und Verhalten nicht auch auf eine verbreitete Romantisierung der fordistischen Vorstellungen zurückzuführen sei.

Brigitte Engler plädiert dafür, zuerst die harten empirischen Daten zur sozioökonomischen Lage anzuschauen. Die subjektiven Indikatoren, wie Zufriedenheit könnten erst danach gedeutet werden. Sie verweist auf ihre Analyse der Einkommen und Einkommensentwicklung in den vergangenen 10 Jahren in Berlin und Brandenburg im Vergleich zu den alten Bundesländern. Sie kritisiert, dass immer wieder traditionell männlich gedacht würde, was sich insbesondere bei der Messung von Einkommensentwicklungen methodisch negativ auswirke. *Thomas Hanf* erläutert, dass sein Anliegen als Vorschlag zur Ergänzung gedacht war. Es ginge um die Frage nach den Diskrepanzen zwischen Institutionen und Verhalten unter den Bedingungen einer fragmentierten Gesellschaft.

II. Ostdeutschland – eine Transfergesellschaft. Und der Westen ist es auch.

Ulrich Busch: Wirtschaftliche Lage, Struktur und Wirkung der West-Ost-Transfers

Ulrich Busch widmet sich auf der Grundlage des gleich lautenden Abschnitts des Diskussionspapiers zunächst der makroökonomischen Situation in Ostdeutschland (siehe Diskussionspapier und Foliensatz in der Materialsammlung). Er stellt drei gegensätzliche Interpretationen gegenüber:

Erstens: Ostdeutschland ist ein Erfolgsmodell, aber es dauert länger, den Anschluss an Westdeutschland zu finden. Dies ist mehr oder weniger die offizielle politische Interpretation.

Zweitens: In Ostdeutschland beobachten wir ein Fragmentierungsszenario mit einer differenzierten Entwicklung, wobei Fälle von Progression und Regression, so genannte Erfolgsfälle und Abwärtsentwicklungen bei gesamtwirtschaftlicher Stagnation wahrscheinlich nicht nur nebeneinander existieren, sondern systematisch miteinander verbunden sind und sich in bestimmtem Maße wechselseitig bedingen.

Die dritte mögliche Interpretation lautet: Ostdeutschland ist der deutsche Mezzogiorno. Die kritische Variante geht von einer strukturell bedingten Abwärtsspirale aus, die kaum noch angehalten werden kann. Die positive Wendung ist die sozialökologische Romantisierung Ostdeutschlands als eines Naturreservates, wie man es vielleicht auch aus Wolfgang Kils „Luxus der Leere“ herauslesen kann.

Die sozioökonomische Berichterstattung geht von der zweiten Auffassung, von einer fragmentierten Entwicklung als Hypothese für die Berichterstattung über Ostdeutschland aus.

Dies muss zunächst an den Zielstellungen der deutschen Einheit beurteilt werden: Modernisierung und Restrukturierung der Wirtschaft, Generierung eines selbsttragenden Aufschwungs (d.h. die Einkommen und Investitionen werden im Wesentlichen aus der Wertschöpfung erbracht), Entwicklung Ostdeutschlands zu einer dynamischen Wirtschaftsregion als Brücke zwischen West- und Osteuropa und schließlich das Aufholen gegenüber Westdeutschland und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Gemessen an diesen Zielen muss man zunächst klar eine Zielverfehlung feststellen. Diese Ziele operationalisiert Busch mit ökonomischen Kennziffern wie Wachstum des BIP, Stand der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit, regionale Leistungsbilanz und Inflationsrate. Zusätzlich betrachtet er die demographische Entwicklung. Er zeigt im Detail, dass alle diese Kennziffern eine deutliche Zielverfehlung ausweisen und konstatiert ein totales makroökonomisches Ungleichgewicht.

Die Folge davon ist eine *Transferökonomie und eine Transfergesellschaft* – Transfer bezieht sich hier auf den Transfer von Finanzen und Ressourcen – Gütern, Dienstleistungen, insbesondere auch Investitionsgütern und Arbeitskräften. Eine weitere Folge sind schrumpfende Regionen, die Humanressourcen verlieren. Die Divergenz zu Westdeutschland nimmt nach einer gewissen Konvergenz Mitte der 1990er Jahre inzwischen wieder zu.

Auch statistisch ist der Unterschied zwischen den ostdeutschen Ländern und den westdeutschen Ländern nach wie vor deutlich nachweisbar. Der Abstand zwischen dem besten ostdeutschen und dem schlechtesten westdeutschen Bundesland sei größer als der Abstand zwischen dem besten und dem schlechtesten ostdeutschen Bundesland. Ostdeutschland bildet makroökonomisch immer noch ein Gebilde mit gemeinsamen Merkmalen, das sich von Westdeutschland unterscheidet. Das zeigt sich deutlich, wenn man die Transfers betrachtet.

Anschließend untersucht Ulrich Busch den Zusammenhang von laufenden Transfers, Vermögenstransfers und Finanz- und Ressourcentransfers und zeigt, dass den laufenden Finanztransfers, die aus dem Westen in den Osten fließen, Realtransfers von Gütern und Dienstleistungen entsprechen, die aus dem Westen in den Osten fließen (Vgl. Foliensatz Busch, Folien 9 und 10). Im Osten wird mehr konsumiert als produziert, im Westen ist dies umgekehrt. Die Kehrseite der West-Ost-Finanztransfers sind West-Ost-Realtransfers, also zusätzliche Produktion, mehr Marktanteile, höhere Steuereinnahmen und zusätzliche Arbeitsplätze im Westen, aber weniger Produktion, weniger Arbeitsplätze, geringere Steuereinnahmen im Osten. Dieser wechselseitige Transferzusammenhang reproduziert sich, der Transferbedarf verfestigt sich und schafft zudem reale Strukturanpassungen im Produktionsapparat und den Konsummustern.

Joachim Ragnitz: Kritische Revision der Transfergesellschaft

In seinem *Koreferat* entwickelt *Joachim Ragnitz* eine Gegenposition zu der These von Busch, dass die West-Ost-Transfers als Konjunkturprogramm für den Westen funktionierten. „Zum einen stellen die Transferleistungen für den Westen kein expansiv wirkendes Konjunkturprogramm dar. Zum anderen, und das ist mir wichtiger, sind die Transfers in ihrer konkreten Ausgestaltung zum Teil jedenfalls sogar als Ursache der ostdeutschen Probleme anzusehen.“ (siehe Vortragsskript S. 1) Er geht davon aus, dass der in den Transfers erfolgende Kapital- und Güterimport aus makroökonomischer Sicht neutral wirkt: „Zunächst wird Geld, also Nachfrage entzogen, dann zusätzliche Nachfrage generiert; expansive und kontraktive Impulse halten sich genau die Waage. Die transfergestützte Nachfrage aus den neuen Ländern gleicht also nur aus, was im ersten Schritt an Nachfrage ausgefallen ist. ... Das einzige, was

richtig ist, ist die Umverteilung, die mit den Transfers verbunden ist: Das Wohlstandsniveau im Westen sinkt durchaus, weil Güter, die ursprünglich den dortigen Nachfragern zur Verfügung standen, nunmehr den Empfängern der Transfers im Osten zur Verfügung stehen. Genau das ist aber auch das Ziel der Umverteilungen über das Transfersystem – die ganz offenkundig mit Blick auf Ostdeutschland hervorragend funktionieren.“ (S. 2)

Ragnitz führt dann aus, dass ein erheblicher Teil der Transfers der Modernisierung des Kapitalstocks und der Entwicklung der Infrastruktur dienten und ein großer Teil der Wirtschaftsförderung durchaus die intendierten Effekte gehabt hat. Ohne diese investiven Transfers gäbe es in der Tendenz noch weniger Arbeitsplätze und die Abwanderung wäre noch größer. „Allerdings gilt dies nicht uneingeschränkt, denn die Subventionen sind nicht immer auch in wachstumswirksame Projekte geflossen. Zum Teil handelt es sich nur um Prestigeobjekte, zum Teil dienten die geförderten Vorhaben eher dem regionalpolitischen Appeasement, waren also faktisch eher Sozial- als Wirtschaftspolitik. Hier braucht man gar nicht auf die zahlreich zitierten Spaßbäder oder die leer stehenden Gewerbegebiete zu verweisen; auch ein großer Teil der Mittelstandsförderung gehört sicherlich in diese Kategorie. Selbst der Ausbau der Infrastruktur kann nicht grundsätzlich als wachstumswirksam angenommen werden; viele Umgehungsstraßen, so schön sie für die Anwohner sind, bringen für die wirtschaftliche Entwicklung kaum etwas. Um etwas für die Regionalentwicklung zu erreichen, hätte die Förderung vermutlich weitaus zielgerichteter eingesetzt werden müssen, also mit hoher Förderung für strukturbestimmende Unternehmen insbesondere aus dem Bereich der Industrie oder noch stärkerer Konzentration auf (regionale oder technologiepolitisch abgegrenzte) Wachstumspole, dies aber zulasten der breit angelegten Förderung von Mittelstand und Existenzgründungen.“ (S. 3)

Dagegen sei die Struktur der Transfers, der hohe Anteil konsumtiver Verwendungen, sozialpolitisch nicht zu beanstanden. „Das damit verbundene wirtschaftsstrukturelle Problem ist aber, dass die dadurch finanzierte Nachfrage sich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf Güter richtet, die aufgrund ihrer Eigenschaften nur regional gehandelt werden können, insbesondere Dienstleistungen und Bauleistungen. Diese Güter müssen in Ostdeutschland selbst produziert werden, anders als überregional gehandelte Güter, die von außerhalb bezogen werden können, und deswegen kommt es bei einer über den eigenerwirtschafteten Einkommen liegenden Nachfrage typischerweise zu einer Ressourcenverschiebung zugunsten der regional orientierten Sektoren. Dies ist das klassische „Transferproblem“, das auch Ulrich Busch anspricht, und das eine wesentliche Ursache für die forcierte Deindustrialisierung zu Beginn der 90er Jahre darstellt.“ (S. 4) Die Folge davon ist eine Produktionsstruktur, die einen über-

durchschnittlichen Anteil weniger produktiver Branchen und einen unterdurchschnittlichen Anteil von Branchen mit hoher Produktivität aufweist. Die in den kommenden Jahren zu erwartende Absenkung der Transfers – sinkende Leistungsansprüche der Bezieher von Sozialtransfers, speziell der in Rentenalter eintretenden Personen und degressive Ausgestaltung der Mittel des Solidarpakts II – werden sich negativ auf das Entwicklungsszenario der kommenden Jahre auswirken. „Sowohl vom privaten Verbrauch als auch von der öffentlichen Nachfrage sind daher massive dämpfende Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland zu erwarten. Die Abhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft von den Transfers wird sich daher in Zukunft in hohem Maße negativ auswirken. Insoweit ist der These von Ulrich Busch zuzustimmen, dass aus gegenwärtiger Sicht ein „Mezzogiorno“-Szenario eine realistische Entwicklungsperspektive darstellt.“ (S. 5)

„Versucht man realistische Entwicklungsoptionen abzuschätzen, so kommt man relativ schnell zu dem Ergebnis, dass ein einfacher Nachbau West – wie auch von den Autoren des soeb-Diskussionspapiers angedeutet – schon wegen des dortigen Systemumbruchs kaum erfolgversprechend ist. Dies bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass man sich von der Vorstellung lösen muss, dass allein die materielle Einkommensangleichung Ausdruck gleichwertiger Lebensverhältnisse ist. Die Zukunft der neuen Länder liegt vielmehr in einer stark ausdifferenzierten (wenn man so will: fragmentierten) Entwicklung, in der es in räumlicher Hinsicht durchaus auch leistungsfähige Wirtschaftszentren geben wird, daneben aber auch Gebiete, die eher von „Raumpionieren“ oder Menschen mit der Vorstellung besiedelt werden, alternative Lebenskonzepte verwirklichen zu wollen. Und man muss eben auch sehen, dass es darüber hinaus eine stärkere Ausdifferenzierung auf der personalen Ebene geben wird. Man mag dies alles bedauern, aber man kann es auch als Chance begreifen, eröffnen sich damit doch Handlungsmöglichkeiten, die dem saturierten Westen bislang noch nicht offen stehen. ... In weiten Bereichen hat der Osten eine Vorreiterrolle gegenüber dem Westen (insbesondere mit Blick auf die demographische Entwicklung), und diesen Vorteil sollten die neuen Länder ausnutzen, solange es noch geht. Bislang fehlt der Politik allerdings der Mut und auch die Vorstellungskraft, diese Hinwendung zu verstärkter Individualität und Eigenverantwortung zu fördern und auch zu fordern.“ (S. 6)

Diskussion

In der Diskussion zu den Beiträgen von *Busch* und *Ragnitz* fragt *Wolfgang Kil* noch einmal nach dem Aufbau Ost als „Konjunkturprogramm“ für den Westen. Die Abwanderung von Arbeitskräften und der damit verbundene Produktionszuwachs im Westen seien doch nicht zu

leugnen. Ostdeutschland ist als Markt hinzugekommen. Kil fragt: „Sehen Sie noch eine Chance, mit einer veränderten Wirtschaftspolitik korrigierend einzugreifen oder ist das Kind im Brunnen?“

Auch *Peter Bartelheimer* widmet sich der Frage nach den *makroökonomischen Effekten der Transfers im Westen*. Sind diese wirklich neutral? Ragnitz hätte argumentiert, das Geld wird dem Westen entzogen und fließt dann über den Kauf von Gütern wieder zurück, das sei makroökonomisch neutral. Die Frage ist doch, wo kommt dieses Geld im Westen her? Welche makroökonomischen Umverteilungseffekte haben die Transfers? Was passiert in der deutsch-deutschen Transferökonomie unterhalb der makroökonomischen Ebene? Das makroökonomische Negativszenario sei ja zunächst nur der Rahmen für das eigentliche Feld der Fragmentierungsthese, die auf die Entkopplung zwischen starken und schwachen Regionen und Sektoren ziele.

Rainer Land führt aus, dass das Argument, die Transfers seien für Wachstum und Beschäftigung neutral, stimmen mag, wenn man einen *einzelnen* Kreislauf betrachtet. Wenn man aber einen dynamischen Entwicklungszusammenhang über mehrere Kreisläufe, mehrere Jahre oder einen ganzen Investitionszyklus betrachtet, steht die Frage eben doch, ob nicht da, wo die Produkte zwar nicht konsumiert, aber produziert (und entwickelt) werden, langfristig Impulse für Innovationen und Investitionen kumulativ anwachsen, der Kapitalstock ausgebaut würde, also dauerhaft ein Beschleunigungseffekt bei den Transfergebern und eine Bremse bei den Transferempfängern festgestellt werden kann. Es ist ein Unterschied, ob es eine Transferkonstellation gibt, bei der überwiegend Konsumtion oder überwiegend Investitionen durch die Transfers finanziert werden. Zudem muss man für die nächsten Jahre erwarten, dass die investiven Transfers noch weiter zurückgehen.

Ulrich Busch antwortet auf die Frage nach positiven und negativen Effekten der Transfers, dass man zur Beantwortung die Kreisläufe etwas differenzierter betrachten könne. Wenn man nicht Westdeutschland sagt, sondern sagt, die westdeutsche Wirtschaft, könne man zeigen, dass bestimmte Branchen und Betriebe den Nutzen von den Transfers haben, weil sie höhere Auslastung, größere Marktanteile, höhere Gewinne haben. Während die Aufbringung der Transfers auf breite Bevölkerungsteile verteilt ist, also auch viele Leute betrifft, die von den Transfers nicht profitieren.

Andererseits relativiert sich das Problem ungeheuer, wenn man die Transfers zurückrechnet. Das IWH hätte nachgerechnet, wie hoch der Anteil der Transfers ist, der einen spezifisch ostdeutschen Hintergrund hat, also Transfers, die es im Westen nicht gibt. Das sind 24 Prozent der Transfers. Das wäre ein Anteil von einem Prozent des BIP. Betrachtet man nur die

ostspezifischen Leistungen (maximal 15 Mrd. €) so sind das umgerechnet auf die westdeutschen Bundesbürger nicht vielmehr als 15 Euro pro Monat. Alle anderen Transfers gibt es im Westen auch, zwischen Regionen mit unterschiedlichem Anteil von Erwerbstätigen und Transferbeziehern (z.B. Rentnern), unterschiedlichen Einkommen und unterschiedlicher Steuerkraft.

Busch verweist auf die Debatte über import- oder exportgestützte Strategien der Entwicklung und neue Analysen dazu. Die Weltbank kommt zu dem Schluss, dass es keine erfolgreichen importgestützten Entwicklungsstrategien gibt. Alle Länder, die diesen Weg gegangen sind, sind den Weg der Unterentwicklung gegangen, stünde in der Analyse. Ostdeutschland geht massiv den Weg einer importgestützten Entwicklung, denn die Finanztransfers sind Kapitalimporte, die Realtransfers sind Warenimporte.

Länder, die eine exportgestützte Entwicklung eingeschlagen haben, wie Polen oder die südasiatischen Länder in der Vergangenheit, sind aus der Unterentwicklung herausgekommen. Das sei empirisch belegt über viele Jahre und Jahrzehnte, dies müsse man zur Kenntnis nehmen und diese Erkenntnis müsse man auch in Ostdeutschland anwenden.

Eine Betrachtung der Mesoebene relativiert diese Entwicklung, insofern es viele Beispiele positiver Entwicklung einzelner Unternehmen und Standorte gibt. Entscheidend aber ist die Interdependenz. Die positiven Beispiele bedingen zugleich auch bestimmten Abwärtsentwicklungen, wie man insbesondere an dem Zusammenhang von Modernisierung der landwirtschaftlichen Unternehmen und Niedergang der Wirtschaftskraft des ländlichen Raums feststellen könne. Hätten wir im Osten viele kleine und mittlere Unternehmen, dann hätten wir mehr Arbeitsplätze und eine geringe Produktivität. Gäbe es stattdessen mehr Großbetriebe, dann wäre die Produktivität höher, aber der Arbeitskräftebedarf geringer. Das Problem ist der Zusammenhang beider Teile der Wirtschaft. Wenn die Großbetriebe nur wenig kleine und mittlere Unternehmen in ihrem Kontext benötigen, weil sie Zulieferungen überregional oder in internationalen Netzwerken beziehen, dann wirkt sich die Entwicklung der Großbetriebe nicht oder nur eingeschränkt auf die Entwicklung anderer Sektoren aus und es kommt trotz erfolgreicher Entwicklung in produktiven Bereichen nicht zu einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Wenn nun der Reorganisationsprozess der Industrie, der sich seit 1990 vollzogen hat, aber im Sinne der Globalisierung auch noch weiter vollzieht, beinhaltet, dass dichte lokale Wertschöpfungsketten ganz oder teilweise aufgelöst und durch überregionale und globale Netzwerke ersetzt werden, dann hat die Modernisierung gerade den beobachteten Effekt, dass die erfolgreiche Entwicklung der sich modernisierenden Betriebe den Niedergang, das Verschwinden oder Schrumpfen anderer Betriebe und Branchen zur Folge hat,

also eine Stagnation im Ganzen herbeiführen kann. Das ist der Kern dieses Fragmentierungsszenarios.

Joachim Ragnitz antwortet auf die Fragen, indem er auf die Verteilungswirkung der Transferaufkommen verweist. Dem Volumen nach werden die Transfers hauptsächlich von den Beitragszahlern für die Sozialversicherungen aufgebracht. So gesehen besteht eine soziale Unausgewogenheit. Humankapitaltransfers sind natürlich nicht neutral, Neutralität gelte nur für die Finanztransfers. Was die Humankapitaltransfers angeht stimmt Ragnitz *Wolfgang Kil* zu: Die Binnenwanderung von Arbeitskräften hat zu einer Erhöhung des Produktionspotenzials im Westen geführt.

Ragnitz verweist noch einmal auf sein zentrales Anliegen, die Frage nach politischen Schlussfolgerungen. Die vielfach genannten positiven Fälle gibt es, aber was kommt auf uns zu? Es werden zunehmend Fachkräfte fehlen, die Leute werden älter und wandern ab. Da ist es eben fraglich, ob die jetzt noch bestehenden oder entstandenen positiven Inseln bleiben können oder bleiben werden oder ob nicht doch einige Unternehmen sagen werden, uns fehlen die Fachkräfte, wir schließen oder wandern ab. Viele der positiven Beispiele könnten den Keim für etwas Größeres und Neues enthalten, aber die Risiken sind sehr groß.

Die Politik müsse sich überlegen, was man in einer solchen Situation machen könne. Meine Vorstellung ist, sich auf die Wachstumspole zu konzentrieren, also technologie- und regionalpolitische Schwerpunkte vorrangig zu fördern. Das kann High-Tech in manchen Bereichen sein. Das kann in anderen Regionen auch bedeuten, Raumpionieren Möglichkeiten zu geben, neue Lebens- und Entwicklungsformen zu verwirklichen.

Hans Misselwitz plädiert dafür, die deutschen West-Ost-Transfers nicht zu skandalisieren. Man müsse unterstreichen, dass die Transfers zumindest zu einem hohen Anteil zur Normalität gehören. So ist es eben normal, dass die jungen Erwerbstätigen die Transfers für die älteren im Ruhestand oder auch für die Erwerbslosen erwirtschaften müssen. Und wenn sich dies regional so verteilt, dass ein großer Teil der jungen Arbeitnehmer aus dem Osten im Westen arbeitet, umgezogen ist oder pendelt, dann folgt aus dieser Normalität, dass es im Westen einen Überschuss an Transferzahlern und im Osten einen Überschuss an Transferempfängern gibt. Das hat unmittelbar noch gar nichts mit Hilfe für den Osten zu tun, sondern mit der Verteilung von Wirtschaftsstandorten und Bevölkerung.

Weiter meint Hans Misselwitz, dass die Finanzierung der deutschen Einheit doch auch ein keynesianischer Prozess gewesen sei, der nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern zu einem hohen Anteil durch Kreditschöpfung finanziert wurde. Insofern sind die Transfers nicht in vollem Maße den laufenden Einkommen in Westdeutschland entzogen worden. Wenn das

so ist, dann wirken die Transfers eben doch nicht neutral, sondern als Konjunkturprogramm für die Regionen, die die Produkte produzieren, die mit den Transfers eingekauft werden.

Busch greift diesen Aspekt auf: Wenn 50 Prozent der Zunahme der Staatsverschuldung seit 1990 auf die Finanzierung der Transfers in den Osten zurückzuführen sei, dann würde das im Umkehrschluss bedeuten, dass diese Mittel ja aus Steuermitteln gar nicht aufgebracht wurden, sondern aus Kreditschöpfung. Das ist ein wichtiger Aspekt. Wichtig ist die Unterscheidung verschiedener Transferarten. Mehr als 50 Prozent der Transfers sind normale Sozialtransfers.

Christine Weiske betont die Erklärungsstärke des Modells von der fragmentierten Entwicklung, die sich gerade in den Szenarien zeige, wenn über die Beschreibung des Ist-Zustandes hinausgegangen und nach Perspektiven gefragt wird. Das Modell einer fragmentierten Entwicklung könne zeigen, dass aus den Differenzen eben auch eine Dynamik folgt, die Dynamik einer regional differenzierten Entwicklung. Denn die Unterschiede wirken mobilisierend und daraus könnten Freiheitsgrade für alternative Entwicklungen erwachsen. Neben der Stabilisierung der Lebensformen und Lebensweisen, die wir als industrielle, urbane Lebensformen bezeichnen, ginge es eben auch um die Suche nach alternativen Lebensweisen mit einer anderen Nutzung von Energie, Natur und Technologien. Dabei handelt es sich nicht um eine neue Armutskultur, sondern um die Suche nach anderen global tragbaren Formen des Lebens. In der Wortschöpfung der „Raumpioniere“ sieht sie eine Anknüpfung zum Beispiel an die Siedlerbewegung in Amerika, die auf den Gewinn von Freiheitsräumen aus ist. Nötig wäre eine öffentliche Debatte über die Fragmentierung, über die damit verbundenen Einschränkungen, Möglichkeiten und Alternativen. Sonst läuft die Entwicklung auf das Szenario eines Mezzogiorno hinaus.

Brigitte Engler meint: Es wird gesagt, wir brauchen Wachstum und Massenproduktion. Aber es geht nicht mehr um Quantität, sondern um Qualität. Der Umgang mit Ressourcen muss sich verändern. Wachstum muss in Frage gestellt werden. Für Ostdeutschland steht die Frage der Rückkehrer, die hier Raumpioniere genannt wurden. Was kann man tun, dass aktive Leute in den Regionen wieder etwas zustande bekommen? Das kann man mit einer Ich-AG nicht. Die Art und Weise, wie den Leuten gesellschaftliches Versagen als individuelles Versagen eingeredet wird, muss gestoppt werden. *Busch* lehnt dies ab: Dies sei eine falsche Auffassung von Wachstum. Wachstum ist heute vor allem qualitatives und nachhaltiges Wachstum, es geht immer um Entwicklung nicht um die Ausdehnung eines gegebenen Zustandes.

Ralf Himmelreich meint, die Transferökonomie sei kein Nullsummenspiel in Bezug auf die Beschäftigungseffekte, wenn man die Möglichkeiten zur Durchsetzung bestimmter Lohn-

höhen mit einbezieht, also den Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag. Es ist schon ein Unterschied, wo und mit welcher Macht produziert würde und wie hoch der Organisationsgrad der Beschäftigten da sei. Die Renten in den neuen Bundesländern würden künftig zurückgehen, die Rentenhöhe der Männer sei bei den Rentenzugängen seit 2000 schon rückläufig, weil die Lohnersatzleistungen in den letzten Jahren zurückgegangen seien und die Lohnhöhe stagniere.

Luidger Dienel plädiert für eine unaufgeregte Interpretation der Transfergesellschaft. Für andere Volkswirtschaften seien Transfers auch akzeptiert. In Griechenland sind die Transfers die wichtigste Einnahmequelle. Damit verbunden sei aber die Frage nach neuen räumlichen Verteilungen von Familien, nach Abwanderung und Zuwanderung und nach neuen doppelten regionalen Identitäten bei Menschen, wo der Wohnort der Familie und der Arbeitsort der erwerbstätigen Familienmitglieder in verschiedenen Regionen liegen.

In der weiteren Diskussion setzt sich *Ragnitz* mit der öffentlich oft geäußerten Aufforderung auseinander, man solle nicht dramatisieren. Er meint, man müsse dramatisieren. Wenn nichts passiert, dann hätten wir in Ostdeutschland ein ziemlich negatives Szenario zu erwarten. Beschönigung ginge an den Problemen und der Wahrnehmung der Menschen vorbei. Zu fragen sei, was sind die Alternativen, die Visionen für die Entwicklung. Das ist die Diskussion, die wir brauchen. Man muss in Politik, in Medien, in der Gesellschaft eine Diskussion führen, die die Akzeptanz für alternative Lebensentwürfe entwickelt. Gerade in Ostdeutschland orientieren sich viele an dem alten westdeutschen Lebensbild. Wenn man versteht, dass es auch andere Lebensentwürfe gibt und diese entfaltet, dann hätten wir für das Verständnis des Umbruchsszenarios viel gewonnen.

III. Spitzengruppe im Ziel, Hauptfeld weit abgeschlagen – Fragmentierung wirtschaftlicher Entwicklung

Klaus-Peter Buss: Fragmentierung der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands – Eine richtige Perspektive für die Sozioökonomische Berichterstattung? Koreferat zum Thesenpapier ‚Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung‘

Buss setzt sich detailliert mit der Fragmentierungsthese des Diskussionspapiers auseinander (vgl. auch Vortrag in der Materialsammlung). Zunächst zeigt Buss exemplarisch an Hand von ausgewählten Karten aus dem Raumordnungsbericht 2005 (S. 2), „eine zentrale Fragmentierungslinie in der sozioökonomischen Entwicklung, nämlich die zwischen Ost und West.“ „Al-

len möglichen Binnendifferenzierungen zum Trotz [nimmt] Ostdeutschland als Ganzes augenscheinlich in vielerlei Hinsicht eine andere Entwicklung als der Westen der Republik ...“.

In punkto Produktivität, Arbeitslosigkeit, Erwerbsverhalten, Einkommensentwicklung, Tarifbindung, Ausbildungsverhalten usw. unterscheidet sich Ostdeutschland als Ganzes von Westdeutschland. „Muss man aber nicht davon ausgehen, dass sich die Extremarbeitslosigkeit Ost auch auf das ökonomische Handeln der ostdeutschen Betriebe beispielsweise etwa in ihren Strategien der Qualifikationsversorgung oder in der Ausgestaltung der industriellen Beziehungen niederschlägt? Welche Funktionen erfüllt ein Flächentarifvertrag, unter dem nur noch eine Minderzahl an Unternehmen fällt? Welche Ost-West-Unterschiede verbergen sich unter dem Deckmantel der formalisierten Strukturen des dualen Systems der Berufsausbildung? Hängen die besonderen Finanzierungsprobleme ostdeutscher Betriebe wirklich nur mit ihrer kurzen Entstehungsgeschichte und ihrer geringen Eigenkapitalbasis zusammen? Oder spielt hier nicht vielleicht auch die Traditionslosigkeit von regionalen Finanzmarktinstitutionen wie den Sparkassen eine Rolle?“ (S. 4)

„Das vorliegende Diskussionspapier versucht, diese These vom doppelten Umbruch weiterzuentwickeln und mit dem Begriff der Fragmentierung auch die Eigenarten der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung aufzugreifen. Das Papier geht von der Beobachtung aus, dass es trotz dieser in vielfacher Hinsicht defizitären Entwicklung eine Vielzahl von Fällen erfolgreicher Entwicklung gibt und dass die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung von extremen Ungleichgewichtigkeiten gekennzeichnet ist. Diesen Sachverhalt beschreibt das Papier als Fragmentierung der wirtschaftlichen Entwicklung und interpretiert die vielfältigen Widersprüchlichkeiten und Paradoxien in der sozioökonomischen Entwicklung Ostdeutschlands als Ausdruck des ostdeutschen Suchprozesses.“ (S. 4)

„Eine offene Frage ist für mich dabei allerdings, wie sich Suchprozess und ostdeutsche Eigenarten eigentlich zueinander verhalten. Hier bezieht sich das Papier meines Erachtens viel zu wenig auf die Besonderheiten des ostdeutschen Umfeldes und auf die Ausgestaltung der ostdeutschen sozioökonomischen Entwicklung durch die ostdeutschen Akteure.“ (S. 4)

Buss setzt sich dann mit den vier im Diskussionspapier umrissenen Hypothesen zu den Gründen einer fragmentierten Entwicklung auseinander. a) Makroökonomisch könnte Fragmentierung eine differente Entwicklungsdynamik von exportorientierten (weltmarktorientierten), binnenmarktorientierten und auf lokale Märkte orientierten Teilen der Wirtschaft bestehen. b) Hinsichtlich der Branchenstruktur geht es darum, dass Deindustrialisierung, Modernisierung der verbleibenden Teile und Neuaufbau von Teilen der ostdeutschen Industrie zu einer Wirtschaftsstruktur führen, die unter den Bedingungen besetzter und kaum wachsender

Märkte einerseits nur die komplementär zur westdeutschen Wirtschaft entwicklungsfähigen Teile zum Zuge kommen ließ und die andererseits zu einem hohen Anteil an Filialbetrieben führte. c) Finden sich empirisch Betriebe mit unterschiedlichen Entwicklungs- und Personalstrategien (im Diskussionspapier zitierte Untersuchungen von Michael Behr u.a.) und abschließend d) wird im Diskussionspapier die Hypothese entwickelt, dass es bei der Reorganisation der Verbindungen von Unternehmen in ihr regionales Umfeld zu Entkopplungen gekommen sein kann, so dass die Effekte der Entwicklung der Unternehmen auf das regionale Umfeld im Zuge der Reorganisation abgenommen haben. Buss setzt sich mit allen vier Aspekten von Fragmentierung auseinander. Zunächst fragt er zu a), ob sich Unternehmen tatsächlich so drastisch aus ihrem regionalen Umfeld lösen können. Zu b) beschreibt er den Reorganisationsprozess ostdeutscher Unternehmen als spezifische Strategie der Nutzung von Besonderheiten des ostdeutschen Umfelds und verweist auf die Notwendigkeit, gerade diese Besonderheiten zum Gegenstand der Berichterstattung zu machen. Sein Einwand zu c) setzt an diesem Punkt an. Die Unterscheidung erfolgreicher und nicht erfolgreicher Strategien der Unternehmen, wie sie in der Analyse von Behr u.a. vorgelegt wurde, nimmt das Modell der diversifizierten Qualitätsproduktion – ein in Westdeutschland entstandenes Produktionsmodell, „das 1990 dem Hintergrund für den gewählten Transformationspfad bildete“, – zum Maßstab und verstellt so gerade den Blick auf die ostdeutschen Besonderheiten, aus deren spezifischer Nutzung sich die ostdeutschen Erfolgsgeschichten eigentlich erklären. Zu d) stellt Buss am Beispiel der Werften Reorganisationsprozesse dar, die zu einer Reduzierung der Kooperations- und Wertschöpfungszusammenhänge im regionalen Umfeld geführt haben, und die insofern zu dem Erklärungsansatz des Diskussionspapiers passen. Er verweist aber auf die Eigenheiten der Branche und die jeweilige Transformationsgeschichte der Betriebe und sieht in dieser Tendenz nicht unbedingt ein *neues* Muster der Industrieentwicklung.

Zusammenfassend führt er aus: „Jeder der Ansätze hat die Ungleichzeitigkeiten der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung im Auge, erhebt aber andere Erfolgs- und Misserfolgskriterien: im ersten Fall stehen exportorientierte Branchen und Betriebe solchen gegenüber, die sich vornehmlich auf lokale Märkte ausrichten, im zweiten die Filialen westdeutscher Konzerne und Ausnahmefälle solcher Betriebe, für die die westdeutsche Wirtschaft keinen Bedarf hat. Im dritten Ansatz sind die Gewinner solche Unternehmen, die erfolgreich Anschluss an das deutsche Produktionsmodell der diversifizierten Qualitätsproduktion gefunden haben, während Überlebensgemeinschaften und Ressourcenvernutzer allmählich ihre Existenzgrundlage verbrauchen. Das Papier betont in der Darstellung der Erklärungsansätze wie auch in

seiner Schlusshypothese vor allem die Gegensätzlichkeiten der Entwicklung. Ostdeutschland als Gegenstand droht sich damit jedoch in der Fragmentierung aufzulösen.“ (S. 7)

„Unsere eigene Empirie in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie hat uns gezeigt, dass sich erfolgreiche Betriebe gerade nicht aus der Region lösen, weil sie in hohem Maß auf die Nutzung regionaler Ressourcen angewiesen sind.“ Er skizziert dazu ein Beispiel aus den eigenen Forschungen und resümiert, „dass möglicherweise ein enger Zusammenhang zwischen den Fragmenten besteht und dass der Erfolg des einen durchaus auch auf der Schwäche des anderen aufbauen kann. Gerade in der Art und Weise, wie die ostdeutschen Akteure mit den besonderen Rahmenbedingungen des ostdeutschen Umfeldes umgehen, liegt also möglicherweise ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis des ostdeutschen ‚Andersseins‘. Die Frage ist, ob die Ausrichtung auf Fragmentierung eine solche – für eine sozioökonomische Berichterstattung wichtige – Perspektive nicht verstellt.“ (S. 7)

Diskussion

In der anschließenden Diskussion unterstützt *Christine Weiske* den Fragmentierungsansatz. Die noch etwas spröde Multiperspektivität im Diskussionspapier sei eine wichtige Voraussetzung, um überhaupt Fragmentierungen zu denken. Fragmentierungen sind überhaupt nur aus unterschiedlichen Perspektiven zu denken. Dabei handelt es sich auch um die Perspektiven unterschiedlicher Akteure. Diese Multiperspektivität müsste methodisch durchgearbeitet werden, dieses Argument von *Buss* würde Weiske unterstützen.

Sie führt weiter aus: „Ich habe das Gefühl, bei der Regionalisierung geht es nicht um ein „Entweder – Oder“, entweder ein Akteur oder ein Unternehmen ist in der Region integriert oder nicht, sondern dass es um Mehrfachintegrationen geht. Alle Akteure sind lokal integriert, aber in unterschiedlichem Maße. Und es gibt Akteure, die sind *nur* lokal integriert. Und dann gibt es auch andere Integrationsniveaus, überregionale, globale. Man müsste also die Mehrfacheinbettungen, Mehrfachintegrationen betrachten. Ansonsten finde ich das Modell der Fragmentierung für die Beschreibung sehr plausibel.“

Peter Bartelheimer meint, es wäre eine falsche Diskussion, wenn man die empirische Beweisführung des Diskussionspapiers diskutieren wollte, denn die gibt es nicht. Es handelt sich um ein Thesenpapier, das nicht empirisch argumentiert. Die Frage müsste also sein, ist das die richtige Suchrichtung für die Phänomene, die auf der phänomenologischen Ebene ja gar nicht so strittig sind? Bartelheimer verweist auf die Diskussion, die es bereits in den 1980er Jahren in Westdeutschland über die regionale Strukturförderung gegeben hat. Diese Strategien haben alle auf einem Exportbasisprinzip beruht. Man hat Unternehmen gefördert, die den größeren

Teil ihres Umsatzes überregional realisiert haben. Dem lag die Annahme zu Grunde, dass sie den Rest der Region mitziehen. Das sei aber schon in den 1980er Jahren für Westdeutschland kritisiert worden. Das Interessante an der Fragestellung ist, ob das für Ostdeutschland eine Rolle spielt. Es ist natürlich unsinnig zu sagen, ein Betrieb entkoppelt sich aus der Region, denn er hat da seinen Standort und er zahlt dort Löhne und Steuern, vielleicht sehr wenig. Richtig aber ist, zu fragen, ob sich in der Summe ein positiver Effekt auf die regionale Wirtschaft nicht mehr notwendigerweise einstellt. Das hat natürlich gravierende Auswirkungen auf Förderstrategien und regionale Schwerpunkte. Wenn die regionalwirtschaftlichen Zusammenhänge schwächer werden, dann kann man regionale Wirtschaftsentwicklung viel weniger steuern. Indem man „Kathedralen“ oder „Dorfkirchen“ fördert, kann man nicht mehr eine Region insgesamt stützen. Das findet Bartelheimer trotz einleuchtender Kritik von Klaus-Peter Buss eine richtige Fragestellung.

Rainer Land erklärt, dass mit der Fragmentierungsthese zunächst ein Phänomen zu benennen und eine offene Forschungsfrage aufzuwerfen ist. Das Diskussionspapier sammelt zunächst verschiedene Ansätze, von denen er aber nicht meint, dass sie sich ausschließen, sondern eher ergänzen. Es ist aber noch kein Versuch, Fragmentierung empirisch umfassend zu beschreiben oder theoretisch konsistent, zu erklären. Wir beobachten verschiedene, sehr dynamische Entwicklungen, die keine oder fast keine Effekte auf die Entwicklung der Region haben. Das mag nicht überall so sein, aber es gibt dafür gewichtige Beispiele und die Frage ist, wie erklärt man das und welche Bedeutung hat es? In einer Studie über die regenerativen Energien in der Prignitz hat Hans Thie aufgezeigt, dass bestimmte Vorstellungen über räumliche Divergenzen – etwa die Entwicklung konzentriert sich in den Zentren, die Peripherie bleibt zurück – so einfach nicht stimmen. Es ist komplizierter. In der Prignitz gibt es eine flächendeckende Nutzung der Windenergie über den gesamten ansonsten strukturschwachen Raum. Diese lokale Ressource wird umfassend, fast vollständig genutzt. Fragt man aber, wo gehören diese vielen Windkraftanlagen eigentlich hin (ähnliches könnte man für die dort entstehenden Biokraftstoffanlagen fragen), so kommt man zu dem Schluss, dass sie ökonomisch nicht zu dieser Region gehören, sie stehen nur da. Fragt man nach den Akteuren, nach den Betreibern, den Nutzern, nach denen, die Wartung und Service leisten, dann gehören diese Windräder alle nicht zum Wirtschaftskreislauf der Region – und schon gar nicht, wenn man nach den Innovationspotentialen fragt, die dieser Entwicklung zugrunde liegen. Man findet also eine sehr dynamische und in diesem Sinne erfolgreiche Entwicklung, mit der auch eine Menge Geld verdient wird, die darauf beruht, dass lokale Ressourcen genutzt, dabei aber aus dem regionalen Wirtschaftszusammenhang ausgekoppelt werden. Die Windkraft der Prignitz

ist Teil eines überregionalen Netzwerks regenerativer Energien, von dem die Region nicht profitiert, wenn man mal von den geringen Pachtgebühren für den Standort absieht. An diesem Beispiel zeigt sich, dass es nicht um Stagnation geht, sondern um das Auseinanderfallen von Entwicklungen. Und es ist nicht ein bloßes Nebeneinander, sondern es geht auch darum, wieweit der Niedergang der „Rest-Ressourcen“ gerade durch die Einbettung bestimmter Ressourcen in überregionale Produktionszusammenhänge bei gleichzeitiger Auskopplung aus regionalen Wirtschaftszusammenhängen bedingt wird. Natürlich geht es nie um vollständige Herauslösung, aber es ist ein gewaltiger Unterschied, ob es sich um starke Synergieeffekte handelt, wie man sie klassisch in den Clustern der Automobilhersteller und ihrem Umfeld fand und vielleicht immer noch findet, oder um schwache Effekte, die sich auf die bloße Zahlung einer Flächennutzungsgebühr reduzieren oder auf sehr wenige Arbeitsplätze.

Land führt weiter aus: Es gibt sicher auch in Ostdeutschland andere Beispiele: Michael Behr versichert regelmäßig, dass in der Region Zwickau lokale Synergieeffekte nach wie vor eine große Rolle spielen und das Muster von Entkopplung dort nicht zu beobachten ist. Aber hier haben wir es eben mit einer zwar modernisierten, aber eben doch an fordistische Industrieentwicklung anknüpfenden Entwicklung zu tun. Makroökonomisch geht es eigentlich um die Frage, welche Tendenzen dominieren, wie viel Zuwachs und wie viel Rückgang lokaler Synergieeffekte bringt der gegenwärtige und der in den nächsten Jahren zu erwartende weitere Reorganisationsprozess der Industrie und was bedeutet dies für die volkswirtschaftliche Entwicklung insgesamt? Das ist eine offene, aber eben doch sinnvolle Frage, der man sich widmen muss.

Andreas Willisch fragt sich, worum es bei der Kritik an der Fragmentierungsthese geht. Geht es darum, dass Buss den Begriff nicht glücklich gewählt findet? Als Buss von spezifischer Nutzung der ostdeutschen Besonderheiten gesprochen hat, sei er in Zweifel gekommen. Gerade in dieser Frage, die Buss als Dissens zur Fragmentierungsthese darstellt, besteht kein Gegensatz. Es besteht kein Zweifel daran, dass gerade die erfolgreichen ostdeutschen Betriebe die lokalen Ressourcen vor Ort brauchen und in spezifischer Weise nutzen. Die Frage ist dann aber: wozu nutzen sie diese, wohin entscheiden sie sich eigentlich unter Nutzung dieser Ressourcen, in welche Entwicklung fließt das Ergebnis dieser Ressourcennutzung, führt die Nutzung der lokalen Ressourcen auch zur Entwicklung dieser Ressourcen und des lokalen Umfelds? Ist das ein inhaltlicher Dissens zur Position von Klaus-Peter Buss? Wenn es sich nur um ein Begriffsproblem handelt, ist das vermutlich leicht zu lösen.

Klaus-Peter Buss fragt, wo der Dissens zur Fragmentierung liegt. Er will nicht in Frage stellen, dass es widersprüchliche und gegenläufige Entwicklungen gibt. Die Frage ist eher,

wie bezieht man die aufeinander? So wie der Fragmentierungsbegriff im Text eingeführt wird, geht es um ein Heraustreten, Herauswachsen aus der Region mit negativen Effekten für die Region. Nach dem, was man in den Fallstudien gefunden hat, würde er eher sagen, die gegenläufigen Entwicklungen sind komplementär, sie beziehen sich aufeinander. Ein Beispiel ist das Autoproduktionscluster in Sachsen. Wenn man sich das von außen ansieht, dann sieht das hoch fragmentiert aus. Es gibt große Filialbetriebe westlicher Autokonzerne, extern reingesetzte Produktionsbetriebe, hoch produktiv, tarifgebunden, gute Arbeitsbedingungen. Daneben gibt es einen Haufen kleiner ostdeutscher Betriebe, schlechte Arbeitsbedingungen, nicht tarifgebunden, niedrige Löhne, kein Betriebsrat usw. Ist das jetzt Fragmentierung? Er sagt – nein. Und er sagt, das, was in den Großbetrieben stattfindet, ist nicht Angleichung an den Westen, sondern etwas Eigenes. Ein Beispiel ist der Umgang mit dem Flächentarifvertrag. Das Modell West besagt, dass der Flächentarifvertrag eine Breitenwirkung hat, der zieht andere Betriebe mit, zwingt sie zu Innovationen und sich anzugleichen etc. In unseren Ostfälen ist es genau anders. Die Großbetriebe können ihre Tarifbindung verwirklichen, indem sie die Lohnkostenvorteile der nicht tarifgebundenen Zulieferbetriebe des Umfelds nutzen und Teile der Produktion in diese verlagern. Die haben 20 Prozent Fertigungstiefe, die Vormontagen beispielsweise werden in die Kleinbetriebe ausgelagert. Den Lohnkostennachteil, den die Großbetriebe durch die Tarifbindung haben, können sie kompensieren, indem sie das ganze Umfeld, das ganze Netzwerk in spezifischer Weise nutzen. Diesen Sachverhalt, diese polare Entwicklung, das ist seine Kritik, beschreibt der Fragmentierungsbegriff unzureichend. Man muss das zusammen denken, um die Spezifik der ostdeutschen Entwicklung zu begreifen. Der Fragmentierungsbegriff denkt das erst mal auseinander.

Michael Thomas, Rudolf Woderich: Regionale Disparitäten und Sozialkapital

Thomas und *Woderich* analysieren zunächst die Debatte um die räumliche Neuordnung des Systems von Zentrum und Peripherie und fragen dann, welche Perspektiven sich für die weitere Ausprägung bzw. Überwindung regionaler Disparitäten in Ostdeutschland ergeben. Ihren Beitrag resümieren sie so:

Die hierarchische Neuordnung des Verhältnisses von Zentren und Peripherien, die mit neuen Formen der Dezentralisierung und Konzentration verbunden ist, stellt regionale Entwicklungskonzepte peripherer Regionen vor neue Herausforderungen. Die veränderte Aufgabenteilung von nationalstaatlicher Förderung der Wachstumszentren und EU-Programmen, die strukturschwache ländliche Räume unterstützen, wird sich dauerhaft nicht als ausreichend erweisen, um Differenzen auszugleichen und gleichwertige Lebensverhältnisse im national-

staatlichen Rahmen zu erzeugen. Zwar sind externe Dynamiken, die von Stadtregionen ausgehen und Entwicklungsimpulse auslösen, unter spezifischen Bedingungen der räumlichen Struktur der Bundesrepublik nicht auszuschließen. Dennoch wird auch diese Option keinen verlässlichen Mechanismus hervorbringen, der die Entwicklung peripherer Räume positiv beeinflussen kann.

Als weitgehend obsolet und illusionär erweisen sich unter neuen Bedingungen durchgreifender internationaler Arbeitsteilung und Kooperation auch „klassische“ Konzepte einer relativ geschlossenen, „endogenen Regionalentwicklung“. Über „soziotechnische Modelle“ der Verhandlung und Qualifizierung regionaler Potenziale hinaus wird die engere Verbindung und Verflechtung von Export- und Binnenwirtschaft gerade in strukturschwachen Regionen entscheidend sein, um wirtschaftliche Stabilität und Wachstum zu erzeugen.

Insbesondere Kooperationen, pragmatische Bündnisse und neue Zusammenschlüsse können sich als ein relevanter Faktor erweisen, ob außerhalb urbaner Metropolen neue „Räume von Zentralität“ entstehen oder ob einstige Regionen durch Marginalisierung im Dunkel der Bedeutungslosigkeit versinken. Für Regionen dieses Typs (exemplarisch: Niederlausitz) in spezifischer räumlicher Lage können insbesondere eigenständig koordinierte Aktivitäten eine völlig neue regionalpolitische Gewichtung erlangen, falls es gelingt, auf der Grundlage markanter regionaler Konzepte und Leitbilder sowie eines offensiven Regionalmarketings stabile Außenbeziehungen zu etablieren.

Für strukturschwache Regionen mit relevanten eigenständigen Entwicklungspotenzialen (z.B. Niederlausitz) erweist sich die Sozialkapitalbildung auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen als eine relevante Handlungs- und Gestaltungsoption. Die Ausprägung adäquater Formen regionaler Governance, die Herausbildung von wirtschaftlichen Netzwerken sowie neuen Formen der Kooperation im Feld bürgerschaftlichen Engagements können diesbezüglich eigenständige Impulse vermitteln. Mit den nicht zu unterschätzenden Möglichkeiten der Generierung sozialen Kapitals lassen sich Optionen ergreifen und Spielräume auslegen, die tradierten wirtschaftlichen Wachstumslogiken bzw. globalen Sachzwängen durchaus konterkarierende Argumente liefern können. Diese Regionen befinden sich weder alternativlos in der Falle unüberwindbarer wirtschaftlicher Stagnation noch einer zwangsläufig defizitären Ausstattung mit sozialem Kapital. In beiden Richtungen sind unter hinreichenden Voraussetzungen selbstverstärkende Prozesse möglich. Diese werden, zumindest mittelfristig, über regionale Differenzierungen und regionale Perspektiven mitentschieden. Deshalb ist ihnen im Rahmen einer neu ausgerichteten Ostdeutschlandforschung wissenschaftlich-analytisch wie praktisch-politisch die entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen.

In ihrem Beitrag gehen Thomas und Woderich insbesondere auf den Zusammenhang von Regionalisierung und Sozialkapitalbildung ein: Regionalisierung heißt: Konzeptionelle Orientierung auf die Selbststeuerungs- und Selbstorganisationsfähigkeit von Regionen. Dabei werden drei Zugänge der Analyse der Sozialkapitalbildung aufgezeigt:

Regionale Governance setzt darauf, dass Akteure aus unterschiedlichen Bereichen – Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – miteinander Beziehungen eingehen, d.h. kooperieren.

Kooperationen oder Vernetzungen – Projektnetzwerke, z.B. KMU-Netzwerke, ließen sich auch in peripheren Regionen nachweisen. Thomas und Woderich gehen auf die Ambivalenzen aber auch die positiven Impulse ein, die in den von Ihnen beobachteten Regionen zu verzeichnen sind.

Bürgerschaftliche Aktivitäten sind ein dritter Zugang zur Sozialkapitalbildung. Hierzu gäbe es zwar mehr Untersuchungen als zu den anderen Feldern, häufig würden aber lediglich zahlenmäßig Vereine und deren Mitgliedschaften erfasst. Um tatsächlich zu relevanten Ergebnissen zu gelangen, müssten genauer Typen von Vereinen und Typen von Engagementformen unterschieden werden, zumal sich bekanntlich Organisations- wie Aktivitätsformen gerade des zivilgesellschaftlichen Bereichs in einem erheblichen Umbruch befinden. Während traditionelle Strukturen an Bedeutung verlieren, gewinnen bzw. nehmen projektförmige, punktuelle und stärker auf Interessen der Selbstverwirklichung ausgerichtete Formen von Freiwilligenarbeit etwa zu. Inwieweit und unter welchen Bedingungen sich damit Sozialkapitalbildung verbindet, ist weitgehend offen.

Diskussion

In der Diskussion fragt *Wolfgang Kil* nach der empirischen Grundlage der im Vortrag genannten Ausstrahlungsradien der Metropolen von ca. 100 km. Neue Untersuchungen aus Potsdam hätten gezeigt, dass der Ausstrahlungsradius von Berlin nur noch 40 km beträgt. Haben die Ostdeutschen einen geringeren Bewegungsradius oder eine geringe Bewegungskbereitschaft oder wird sich dieser Radius in der Zukunft noch ausdehnen? Was sagt so ein Radius über die Wirtschaftskraft einer Region? *Woderich* antwortet, dass das Modell der Metropolenregionen Gegenstand der Diskussion sein müsse, weil es in der Raumordnung und in der Politik eine wichtige Rolle spiele. Die Extrapolation dieses Modells auf Ostdeutschland ist eine Kreation des IRS, die Strahlungseffekte sind nicht empirisch gemessen, sondern für Ostdeutschland extrapoliert.

Wolfgang Kil äußert weiter die skeptische Befürchtung, dass Sozialkapitalbildung auf dem flachen Land eher durch die neu Hinzuziehenden entsteht, die man Raumpioniere nennen könnte. Denn die neu Hinzukommenden haben ein relativ dickes Gepäck an Sozialkapital, deswegen haben sie ja die Freiheit zu wandern. Das Problem wird aber sein, dass das Sozialkapital der Leute vor Ort, angenommen es ist überhaupt noch ein Rest da, zu dem der Hinzukommenden nicht anschlussfähig ist. Das bedeutet, es kann zu einem Austausch zu Lasten der Leute vor Ort kommen. Dann aber ist die Frage, mit welchen Konflikten dieser Prozess des Austauschs von Sozialkapital ablaufen wird.

Brigitte Engler knüpft hier an: Raumpioniere bringen ihr Kapital, ihr Sozialkapital, vielleicht auch Geld mit. Ist das eine Vision, dass man ein Land wieder besiedelt, vereinnahmt, unterjocht? Oder suchen wir die Leute, die aus der Region kommen und die ein anderes Konzept haben, die Gemeinwesen stiftende Strukturen bauen? Das erfordert, dass der Staat, die Kommunen eine andere Funktion bekommen und Arbeitsplätze generieren, um öffentliche und soziale Funktionen wieder aufzubauen. Das ist ein ganz anderes Konzept. Nehmen wir zum Beispiel die Art und Weise, wie in Brandenburg die Kulturscheunen und Kulturschlösser entstanden sind. Da kamen die Leute mit dem dicken Gepäck und ließen die ABM-Leute für sich arbeiten. Und als die ABM-ler dann weg waren, wurden daraus private Häuser von neuen Feudalherren, die kann man dann im Fernsehen bewundern. Diese Entwicklung ist rückwärts gewand, das ist kriminell und das muss man stoppen. Wir brauchen Zentren, in denen die Leute sich begegnen können, in denen sinngebendes Leben entsteht, und das wäre die Aufgabe von Staat und Gesellschaft.

Rainer Land verweist darauf, dass die Aktivierung endogener Ressourcen oft nur möglich sei, wenn sie mit Innovationen, mit Wissen und Erfahrungen verbunden wird, die oft von außen kommen müssen. Das können auch Leute aus der Region tun, aber dazu müssen sie die Region auch mal verlassen haben, körperlich oder zumindest geistig, um neue Kombinationsmöglichkeiten ihrer regionalen Ressourcen mit der Welt denken zu können. Die Frage ist eher, ob es Entwicklungen sind, die die regionalen Ressourcen von der Entwicklung der Region abkoppeln oder nicht.

Luidger Dienel wirft den Begriff der Raumpartnerschaft in die Diskussion. Es gibt immer mehr Menschen mit einer doppelten räumlichen Identität. Als Beispiel nennt er das Verhältnis von Berlin und der Insel Usedom. Die Berliner Usedomer beispielsweise sind viel überzeugter von der Insel als die Usedomer aus Usedom. Dies sei vielleicht ein Modell, Kontakte zwischen den Regionen herzustellen, die sich befruchtend auswirken können.

Stefan Schridde meint, stimulierende Effekte von Partizipation und Demokratie wären für die Regionen sehr wichtig. Bei der Suche nach Indikatoren nennt er zwei Stichwörter dazu: Erstens: Corporate Citizenship: wieweit erfolgt eine regionale Vernetzung und inwieweit beteiligen sich Unternehmen an Projekten? Zweitens: Gemeinnützige Vereine, Genossenschaften. Ich-AGs schließen sich inzwischen oft zu Genossenschaften zusammen. Auch Raumpartnerschaften, die Zureisenden aus anderen Regionen, tragen ihre Wünsche und Vorstellungen in die Regionen und sie investieren Zeit und Geld.

Thomas Hanf fragt: Wie kann man diesen Gegenstand „Sozialkapital“ in der Berichterstattung greifbar machen? Helfen Begriffe wie „Rechtsformen“ von Vereinen und Unternehmen da weiter? Welche Rolle spielen Verwaltungen, die „Erreichbarkeit“ der Gesellschaft? Wenn die Haushaltslage der Kommunen sich weiter verschlechtert, dann ist die Gesellschaft an einigen Orten physisch nicht mehr erreichbar, weil die Menschen nicht mehr in die Verwaltung oder in die Post gelangen können.

Brigitte Engler meint zu den Indikatoren: Wo Atomisierung stattfindet, nehmen Gewalt, Eigentumsdelikte und Nachbarschaftsstreit zu. Auch diese Formen „sozialer Auffälligkeiten“ könnten als Indikator für den Zustand der Gesellschaft und des Sozialkapitals genutzt werden. Das könnte man in die Berichterstattung einbeziehen.

Joachim Ragnitz fragt: Was ist eine Region? Wie groß können Regionen sein, auch hinsichtlich der Zumutbarkeit von Entfernungen?

Woderich antwortet darauf, dass Regionen durch Akteure konstruiert werden, nicht durch die administrativen Grenzen bestimmt sind. Jedenfalls darf man sich auf administrative Grenzen nicht einschränken lassen. Diese spielt natürlich für die Verwaltungen, die auch als Akteure auftreten, eine Rolle, auch für das wichtige Thema der Regional- und Verwaltungsreform.

IV. Erwerbsarbeit mit Hilfsmotor.

Der „sekundäre Integrationsmodus“ und die Gettoisierung der Überflüssigen.

*Holger Alda: Sekundäre Arbeitsmarktintegration als Beobachtungskonzept
sozioökonomischer Berichterstattung*

Ausgehend von den Darstellungen im Diskussionspapier verweist *Alda* (siehe auch Foliensatz in der Materialsammlung) auf die Forschungen, die bereits im ersten Bericht begonnen wurden. Das Konzept der sekundären Arbeitsmarktintegration erfordert, den Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit einerseits und Zeiten der Arbeitslosigkeit sowie der Teilnahme an Maßnahmen (wie Umschulungen, ABM) auf der Personenebene zu messen. Es geht dabei also um eine Rekonstruktion von Erwerbsverläufen und den Vergleich dieser Verläufe mit denen, die sich aus idealtypisch angenommenen fordistischen Wirtschafts- und Sozialmodellen ergeben. Unter primärer Arbeitsmarktintegration wird eine stabile, institutionell regulierte Erwerbsarbeit verstanden, die in unterschiedlichen Geschlechter-Regimen ausgestaltet ist. Störungen im Sinne der Unterbrechung der Erwerbsarbeit durch Sucharbeitslosigkeit wurden über staatliche und Organisationstransfers, etwa Arbeitslosengeld und -hilfe, aktive Arbeitsmarktpolitik, Förderung von Bildung, Umschulung und Qualifizierung, teilweise auch Sozialhilfe bewältigt.

Daraus ergeben sich idealtypisch für Westdeutschland zwei unterschiedliche Erwerbsverläufe. Männer sind weitestgehend stabil beschäftigt, Betriebswechsel sind selten und mit überwiegend horizontaler oder aufstiegsorientierter Einkommensmobilität verbunden. Es gibt eine ausgeprägte berufsfachliche Prägung des Erwerbssystems mit kollektiver Lohnfindung. Typisch sind Einkommensstabilität und existenzsicherndes Lohnniveau. Frauen sind zu einem noch hohen Anteil nicht erwerbstätig oder die Erwerbstätigkeit ist unterbrochen von langen Nichterwerbszeiten, Beschäftigung erfolgt wesentlich häufiger in Teilzeit. Erst spät und sukzessive baut sich eine kohortenspezifische Erwerbsbeteiligung der Frauen auf.

Der Umbruch beginnt in Westdeutschland mit einer sich schrittweise aufbauenden Unterbeschäftigung, damit weitete sich der Wirkungsbereich der Institutionen, die bei Störungen des Erwerbsverlaufs eingreifen, also der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsmarktpolitik und auch der Sozialhilfe zunächst aus, aber noch ohne einen Funktionswechsel. Die Folgen für den Erwerbsverlauf sind zunächst folgende:

Bei Männern finden wir eine Zunahme von Betriebswechselln, längere Arbeitslosigkeitsdauern und einen sich aufbauender Sockel von Langzeitarbeitslosen. Aber die kollektive

Lohnfindung und berufsfachliche Strukturierung des Arbeitsmarktes sorgen bei Wiedereintritt in Beschäftigung für geringe oder keine Einkommenseinbußen gegenüber dem letzten Beschäftigungsverhältnis (branchenabhängig).

Bei Frauen nimmt die Erwerbsbeteiligung auch im Umbruch, also in den späten 1970er und 1980er Jahren weiter zu, wobei insbesondere ältere Kohorten eher selten das Niveau der Männer (Löhne, Betriebszugehörigkeitsdauer, Arbeitszeit) erreichen. Auch im Falle von Beschäftigungszeiten und beim Bezug von Arbeitslosengeld müssen Frauen häufiger mit der Überführung in das Prinzip der Familienfürsorge rechnen, es erfolgt weiter eine Reproduktion von Abhängigkeit. Dabei bleibt auch im Umbruch die Integration in den (ersten) Arbeitsmarkt leitendes Paradigma bei der Ausgestaltung von Arbeitsmarktinstitutionen und deren Veränderungen. Die Mehrheit der Arbeitnehmer verbleibt in geschützten Segmenten.

Anders stellt sich die Situation in Ostdeutschland dar. Mit der Transformation und der Deindustrialisierung erfolgt Anfang der 1990er Jahre eine massive Freisetzung von Arbeitskräften in einem sehr kurzen Zeitraum. Gleichzeitig wird das in Westdeutschland vorhandene und durch die Bedürfnisse einer fordistischen Regulation der Erwerbsarbeit geprägte institutionelle System auf Ostdeutschland übertragen – ein selbst im Umbruch, in der Krise befindliches Institutionensystem. Mit diesem auf die Lösung räumlich und zeitlich begrenzter Konjunktur- und Strukturprobleme ausgelegten System wird versucht, die Transformationskrise und den Umbruch in Ostdeutschland zu bewältigen. Die anhaltende Krise der Erwerbsarbeit überfordert die Leistungsfähigkeit.

Die Folgen für die ostdeutschen Erwerbsverläufe sind bei den Männern: Die Orientierung an einem fordistischen Idealtypus (lebenslange Vollzeitbeschäftigung fast ohne Unterbrechung) bleibt erhalten, d.h. Arbeitsplatzbesitzer kämpfen um den Erhalt genau solcher Arbeitsplätze, Arbeitslose versuchen, genau diese Arbeitsplätze zu bekommen. Dies kann jedoch nur für einen Teil – weniger als die Hälfte – praktisch gelingen. Vor allem die neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Kohorten haben deutlich geringere Chancen. Dies ist auch qualifikationsabhängig. Zugleich finden sich massenhafte ABM, Vorruhestandsregelungen und geförderte Beschäftigungen, die erneute Leistungsansprüche transportieren und damit auch wiederum Ansprüche auf ABM o.ä. generieren usw. Der Anteil an Langzeitarbeitslosigkeit bleibt geringer als nach den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erwarten wäre – eben weil Arbeitslosigkeit immer wieder durch Maßnahmen, ABM und geförderte Beschäftigung unterbrochen wird.

Bei den ostdeutschen Frauen ist die Orientierung ähnlich wie bei den Männern. Traditionsgemäß sind Unterbrechungen wegen Kindererziehung im Osten eher kürzer, die Orientie-

rung, schnell wieder die Erwerbsarbeit fortzusetzen, bleibt erhalten. Frauen haben im Osten im Vergleich zu ostdeutschen Männern geringfügig niedrigere Lohnniveaus, aber wachsende Teilzeitanteile. Außerdem lässt sich ein teilweise freiwilliger, oft aber auch institutionell durch die Vergabeförderpraxis erzwungener Rückzüge vom Erwerbsleben beobachten, besonders bei Frauen der oberen Alterskohorten.

Im Weiteren erläutert Alda die Indikatoren, mit denen wir die Arbeitsmarktintegration gemessen haben (siehe Folien Alda) und die Messergebnisse. Dabei zeigt sich in Westdeutschland eine Größenordnung von Erwerbstätigen im sekundären Integrationsmodus, die bei 10 bis 15 Prozent liegt, in Ostdeutschland je nach Indikator zwischen 27 und 35 Prozent. Frauen finden sich etwas häufiger als Männer, Ältere etwas häufiger als Jüngere in einem sekundären Integrationsmodus. Der Vergleich eines Arbeitsmarktbezirks einer prosperierenden und einer schrumpfenden Region zeigt nur geringe Unterschiede in der Größenordnung des sekundären Integrationsmodus.

Die statistische Auswertung von Erwerbsverläufen bietet ein sehr viel besseres Bild als die stichtagsbezogene Analyse von Arbeitslosen- und Maßnahmequoten und soll im zweiten Bericht fortgesetzt, ausgebaut und methodisch weiterentwickelt werden.

Ein Kernelement der Weiterentwicklung wäre der Versuch, die in den Erwerbsverläufen des sekundären Integrationsmodus bei einem relativ großen Teil der Betroffenen enthaltenen (dem Anteil nach subdominanten) Beschäftigungen im ersten Arbeitsmarkt genauer zu analysieren. Dazu soll versucht werden, das Betriebspanel zu nutzen und herauszufinden, welche Betriebe Arbeitslose für kurzfristige Beschäftigungen rekrutieren, um was für Beschäftigungen es sich handelt und ob wir es hier mit einer neuen Strategie der „Flexibilisierung“ der Randbelegschaften oder auch mit neuen Strategien der Nachwuchsrekrutierung zu tun haben.

Natürlich werden auch die Arbeitsmarktreformen, die 2005 wirksam geworden sind, zu einer Weiterentwicklung der Analyse führen müssen. Die Arbeitsmarktreformgesetze beschleunigen die Taktfrequenz des sekundären Arbeitsmarktintegrationsmodus und verändern seine Gestalt weg von ABM/SAM u. ä. hin zu Trainings- und Qualifikationsmaßnahmen. Das in Ostdeutschland entstandene Modell der sekundären Arbeitsmarktintegration, also der Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und Aktivierung durch Maßnahmen, wird auf Westdeutschland übertragen („die Leute in Bewegung halten“), unklar aber ist, ob es faktisch im Westen unter eben doch deutlich anderen Arbeitsmarktbedingungen genauso oder anders praktiziert werden wird.

Olaf Struck: Koreferat zum Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystemen in Ostdeutschland

In dem *Koreferat* von *Olaf Struck* wird der Ansatz weitgehend unterstützt. Er rekapituliert zunächst zwei zentrale Hintergrundideen: a) Es hätte ein stabiles einkommenssicherndes Normalarbeitsverhältnis und ein darauf abgestimmtes Sozialversicherungsstaatsmodell gegeben. b) Es gäbe zwei differenzierte soziale Wandlungsmodelle. Davon gehen wir am SFB 580 auch aus. Das westliche sei stetig mit nur kleinen Ausschlägen, aushandlungsbasiert, korporatistisch, es gibt starke Lobbys und Vetospieler. Diese verhindern, dass es starke desintegrative Problemlagen gegeben hat. Und es gibt Problemgruppen ohne Lobby, auf deren Rücken werden die Probleme ausgetragen.

Im Gegensatz dazu stünde das Wandlungsmodell in Ostdeutschland: durch Systemumbruch und hohe Dynamik wurden große Ausschläge in Gang gesetzt, die historisch ohne Vorbild sind: hohe Arbeitslosigkeit, Binnenwanderung, Frühverrentung, Kinderlosigkeit. Dies führt 15 Jahre später zu vielen nicht intendierten Folgen.

Das Ergebnis sei: In Ostdeutschland bildet sich ein sekundärer Integrationsmodus, ein hochprekärer Arbeitsmarkt, der anhand der IAB-Daten gut herausgearbeitet wurde. Dazu könne man methodisch noch viel machen, ausbauen und diskutieren, zum Beispiel mit Sequenzanalysen usw. Man könne Übergangswahrscheinlichkeiten ermitteln usw.

Das weitere Ergebnis, das sich mit den Ergebnissen aus Jena deckt, ist, dass nicht nur der Anteil sogenannter atypischer Beschäftigung steigt, sondern dass auch die durchschnittliche Beschäftigungsdauer sinkt, zwar langsam, aber eindeutig. Und es zeigen sich unterschiedliche Muster in Ost- und Westdeutschland. In Westdeutschland: hohe Mobilität in jungen Jahren, die wäre dann zu interpretieren als arbeitgeber- und arbeitnehmerseitige Such- und Matchingprozesse, die dann aber in lang- und mittelfristige Beschäftigung münden. Wer dann später aus Beschäftigung wieder ausscheidet – als Frau oder als Geringqualifizierter – hat große Schwierigkeiten, wieder in Arbeit zurückzukommen. Wenig Neues im Westen, aber immerhin: kürzere Beschäftigungsdauern und prekäre Vertragsformen nehmen zu.

Im Osten sieht die Welt anders aus. Stabiler Stand in sogenannten Überlebensgemeinschaften mittleren Alters, hohe Flexibilität in Neugründungen und an Rändern von Betrieben. Dabei wird in hohem Maße und viel stärker als im Westen auf staatlich geförderte Beschäftigung zurückgegriffen, auch für ältere Arbeitnehmer. In Ostdeutschland sind die Übernahmekquoten nach der Ausbildung deutlich geringer als in Westdeutschland.

Ein zweiter Befund: Überflüssige als Indikator für Umbruchprozesse. Es gibt temporäre Problemlagen, die mit den klassischen Instrumenten der Sozialpolitik bearbeitet werden kön-

nen. Und es gibt Überflüssige mit unspezifischen Problemlagen, die nicht mehr mit den klassischen Mitteln der Sozialpolitik bearbeitbar sind und die über Verfahren und Maßnahmen sekundär integriert werden, der Bezug zur wertschöpfenden Arbeit ist jedoch gebrochen. Hier wird von einem in sich verfestigten sekundären Arbeitsmarktintegrationsmodus gesprochen, dessen Perspektivlosigkeit offenkundig wird, und zwar nicht nur den Betroffenen, sondern zunehmend auch der Politik.

Es stellt sich die Frage, ob es nicht einen dritten Problemkreis gibt, nämlich, inwieweit das fordistische Produktions- und Sozialmodell seine eigenen Funktionsvoraussetzungen untergräbt. Beispiele für solche nachhaltig wirkende Funktionsprobleme sind: Arbeitslosigkeit, Finanzierungsprobleme, geringe Geburtenrate, mangelnde Binnennachfrage, Bildungsnotstand, Fachkräftemangel. Diese Funktionsprobleme bieten vielleicht auch Orientierungsmöglichkeiten für die Bewertung dessen, was im Bericht an Daten und Befunden vorgestellt wird.

Zukunftsszenarien könnten eine Unterscheidung versuchen, einmal den eingeschlagenen Pfad zu beurteilen. Der führt zu einer zunehmenden Polarisierung zwischen erstem und zweitem Arbeitsmarkt, stabiler und instabiler Beschäftigung, primärem und sekundärem Integrationsmodus, besser und schlechter Qualifizierten, gut bezahlter Arbeit in marktstarken und schlecht bezahlter Arbeit in marktschwachen Unternehmen. Wir sehen dies in Ostdeutschland, das scheint aber auch der Trend in Westdeutschland zu werden.

Und dies müsste man mit einem alternativen Pfad vergleichen: Wenn Arbeit mobiler und flexibler werden muss, wenn die Unsicherheit von Investitionen in Beruf und Bildung steigt, weil sich die Berufsbilder und die Anforderungen schneller ändern, dann müssen Lösungen bei der Gestaltung dieser Flexibilität und Mobilität gefunden werden, die Polarisierungen vermeiden. Das bedeutet, dass wir die Phasen der Nichtarbeit anders gestalten und besser nutzen müssen als bisher. Also Phasen für Kindererziehung, für Bildung, Neustartversuche, Selbständigkeit, Familienzeit usw. Diese müssen selbstbestimmter als bisher vollzogen werden können und Austritte aus einer Beschäftigung dürfen nicht wie bisher für viele Menschen den Eintritt in einen dauerhaft prekären Erwerbsverlauf bedeuten.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion findet *Brigitte Engler* an dem vorgestellten Ansatz sehr spannend, dass Arbeitsmarkt und Sozialstaatsinstrumente zusammen gedacht werden.

Peter Bartelheimer erklärt: Es beginnt gerade eine neue Diskussion über öffentliche Beschäftigung im Zusammenhang mit dem SGBII. Er glaubt, die Begriffe primäre und sekundäre Arbeitsmarktintegration könnten das Begriffspaar erster und zweiter Arbeitsmarkt ablösen.

Der erste und der zweite Arbeitsmarkt waren schon immer schwer gegeneinander abzugrenzen. Der Vorschlag ist jetzt, von geförderter und nicht geförderter Beschäftigung zu sprechen. Aber nicht gefördert bedeutet dann auch nur, nicht mit den Mitteln der Arbeitsmarktpolitik gefördert. Die eigentlich spannende Unterscheidung ist aber das Nebeneinander von zwei Segmenten der Erwerbsarbeitgesellschaft. Dies könnte sich ja vielleicht als Denkmodell durchsetzen.

Peter Bartelheimer führt weiter aus: im ersten Bericht haben wir mit zwei verschiedenen Datensätzen versucht, Erwerbsverläufe zu betrachten: mit den IAB-Daten und mit dem SOEP. Bartelheimer glaubt, es sei nach wie vor sinnvoll, auch mit Umfragedaten Erwerbsverläufe zu betrachten, zumal wenn es um Haushalte oder Kinder geht, was nur mit Umfragedaten möglich ist. Man benötige aber dringend eine methodische Integration. Das ist im ersten Bericht nicht gelungen, für den zweiten Bericht sollte man die Analysekonzepte harmonisieren, soweit es die Datensätze zulassen.

Bartelheimer ist sich nicht sicher, ob die von Olaf Struck angesprochene „dritte“ Problemlage, die Funktionsprobleme des Sozialstaats, eine dritte Problemlage sind oder ob es da nicht um eine andere Perspektive bzw. Ebene geht. Einmal geht es um Befunde auf der Ebene von Mikrodaten. Die andere Frage geht um die Regulierung der Makroebene. Das liegt auf einer anderen Ebene, deshalb würde er es nicht dritte Problemlage nennen. Das ändert aber an der Bedeutung der Fragestellung nichts.

Zweifel äußert Peter Bartelheimer an der Position im Diskussionspapier, dass es sich bei dem sekundären Integrationsmodus um ein Muster handelt, das der Westen vom Osten gelernt hat. Es gibt im Osten nichts, was es im Westen nicht auch gibt, nur die Konzentration, die Plötzlichkeit, mit der das in die Lebenswirklichkeit einbricht, ist eine andere. Und es ist auch ein Umschlag, wenn die Quantität sehr hoch ist, dann bekommt das eine andere Qualität. Aber es sind nicht grundsätzlich andere Instrumente. Wir haben Maßnahmekarrieren und auch das Instrumentarium der institutionalisierten Bearbeitung von Überflüssigen schon in den 1980er Jahren in Westdeutschland gehabt. Soziales Lernen erfolgte wohl eher in beiden Teilen und in Wechselwirkungen.

Zu dieser Frage gab es eine Reihe weiterer Äußerungen. *Klaus-Peter Buss* fragt zur Übertragung des sekundären Integrationsmodus aus dem Osten auf den Westen: Wird da eigentlich Gleiches übertragen oder ist das Übertragene dann doch etwas anderes? Wieweit prägen die Fördermittel das Handeln? Auf der Betriebsebene kann man das jedenfalls feststellen. Die Betriebe nutzen das ganz aktiv. Es gab Betriebe, die 50 bis 80 Prozent ihrer Beschäftigten aus Qualifizierungsmaßnahmen eingestellt haben. Den Berichten einiger Geschäftsführer könnte

man entnehmen, dass sich da ein Rekrutierungsverhalten herausgebildet hat, das aus drei Schritten besteht. Die Geschäftsführer sagen, sie können die Arbeitsamtsmaßnahmen dazu benutzen, die Leute auszuprobieren. Die Leute kommen zum Praktikum in den Betrieb, sie stellen niemanden ein, den sie nicht vorher ausprobiert haben. Im zweiten Schritt sagen sie den Leuten, die positiv aufgefallen sind, wie sie sich zu qualifizieren haben. Das Arbeitsamt qualifiziert sie dann. Und dann erst entscheidet der Geschäftsführer, wen er einstellt. Auf diesem Weg kann man qualifizierte und zugleich relativ billige Arbeitskräfte bekommen. Das ist wesentlich risikofreier und billiger als betriebliche Ausbildung.

Christine Weiske meint, nicht Erfindung, sondern die Legitimation des neuen Instrumentariums des sekundären Integrationsmodus sei aus dem Osten gekommen. *Christine Steiner* spricht gegen die These einer Übertragung.

Alda meint dazu, dass die Instrumente ja zunächst mit dem Institutionentransfer aus dem Westen in den Osten übertragen worden wären. Aber sie hätten sich dann im Osten in ihrer Funktion gewandelt. Und dieser Wandel sei dann „gesamtdeutsch“ mit den Hartz-Gesetzen institutionell auch für den Westen festgeschrieben worden.

Michael Thomas fragt nach der Untersuchung der Lage von Selbständigen: Würde die Betrachtung von Selbständigen an den Aussagen und Befunden etwas ändern? Darauf antwortet *Alda*, dass dies in den vorliegenden IAB-Daten nur eingeschränkt möglich sei. Wenn die Personen mit der Arbeitsagentur in Berührung gekommen sind, kann man etwas sehen (z.B. bei Ich AGs), aber man sieht nicht, was langfristig geschieht, höchstens bei denen, wo es nicht funktioniert hat.

Thomas fragt weiter: Ist der sekundäre Integrationsmodus eher ein Übergangsphänomen? Wird das irgendwann beendet sein? Also stellt sich irgendwann die Frage, was passiert, wenn auch über diese Mechanismen keine Integration mehr hergestellt werden kann? Was passiert, wenn Menschen, die aus dem ersten Arbeitsmarkt herausgefallen sind und die sich nun im zweiten halbwegs eingerichtet haben, nun auch aus dem zweiten Modus herausfallen? Wenn man denen sagt, nun hilf Dir selbst, jetzt ist der Punkt erreicht, wo Dir nicht mehr geholfen wird. Ist das die Fragestellung, die sich in Zukunft stärker stellt als die Funktionsweise des sekundären Integrationsmodus?

Land meint dazu, dass der sekundäre Integrationsmodus eine Bearbeitungsform sei, aber keine zukunftsfähige Lösung. Es gibt zwei Arten der Bewegung im sekundären Modus, die eine, die Klaus-Peter Buss beschrieben hat und die im Zusammenhang mit einer gewandelten Rekrutierungsstrategie der Betriebe durchaus zum dauerhaften Übergang aus der sekundären in die primäre Integration führen kann. Aber es gibt auch einen großen Teil von Personen, die

zwischenzeitlich in Beschäftigung kommen, aber im sekundären Modus verbleiben, weil es sich um saisonale oder befristete Beschäftigung handelt, nicht um den Übergang in eine anhaltende Erwerbstätigkeit.

Tatjana Fuchs hat Zweifel an einer einseitig westdeutschen Folie des fordistischen Arbeitsverhältnisses. Wir brauchen differente historische Bezüge, also beispielsweise auch Bezüge, die zeigen, an welchen historischen Mitgegebenheiten aus der DDR sich Ostdeutsche orientieren. Und es wird nötig sein, viel Arbeit zu investieren, um mehr Differenzierung in die Idealtypen zu bekommen. Sowohl in der primären als auch der sekundären Integration gibt es jeweils eine große Vielfalt unterschiedlicher Muster und Qualitäten der Integration.

Friedrich Hauss: Unsichere Erwerbsbeteiligung und soziale Problemlagen

Gegenstand des Beitrags ist die Berichterstattung über die Dynamik der Lebenslage von „Überflüssigen“ aus einem BMBF-Projekt über soziale Problemlagen in einer ländlichen Krisenregion. Durch die Verknüpfung von personenbezogenen Daten über Lebenslagen (Mikroebene) mit den Bedingungen des regionalen Umfeldes (Makroebene) wird es möglich, Aussagen über die Dynamik von Risiken für die Verfolgung individueller Wohlfahrtsziele zu treffen.

Mit Rückgriff auf das Bild der „individuellen Produktionsfunktion“, wie es von Huinink entwickelt wurde, unterscheidet *Hauss* zwischen Produktionsfunktionen, die die Herausbildung der individuellen Wohlfahrt eher behindern – „Gefährdungsbereichen“ –, und solchen, die die Produktion der individuellen Wohlfahrt befördern – „Bewältigungsressourcen“. Gefährdungsbereiche und Bewältigungsressourcen stellen jeweils eigene skalierbare Dimensionen der individuellen Produktionsfunktion dar. „Aus der Bilanzierung von Gefährdungsbereichen und Bewältigungsressourcen lassen sich Indikatoren für die *Voraussetzungen* entwickeln, die ein Individuum mitbringt, um in einem gegebenen Anwendungsfeld (zum Beispiel in einer Region) seine Produktionsfunktion so einzusetzen, dass ein möglichst hoher Grad an individueller Wohlfahrt hergestellt werden kann.“ Ob es jedoch tatsächlich gelingt, mit einer gegebenen Produktionsfunktion (bzw. den individuellen Voraussetzungen) die individuellen Wohlfahrtsziele (die zudem wechseln können) zu erreichen, ist von den Realisierungsbedingungen des jeweiligen Handlungsraums (aus Sicht der Individuen) oder des Beobachtungsraums (aus Sicht der Berichterstatter) abhängig.

Exemplarisch wurden vier Gefährdungsbereiche (siehe Foliensatz Hauss) aus den Daten abgeleitet. „Risikolagen sind für Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern vor allem durch eine schwierige materielle Situation gekennzeichnet. Es gibt Landkreise, in denen soziale Transferleistungen mehr als 50 Prozent der Haushaltseinkommen ausmachen. Die Arbeitslo-

senquote in MV beträgt ungefähr 25 Prozent, es ist die höchste in ganz Deutschland. Die Abwanderung ist hoch.“ (S. 4)

Entscheidend für die Darstellung neuer sozialer Problemlagen, die in der Regel multiple Problemlagen darstellen (vgl. Diskussionspapier S. 62), ist die Kombination von Gefährdungsbereichen zu Risikolagen. Im Weiteren stellt Hauss häufige Kombinationen verschiedener Gefährdungen und die Abhängigkeit der Gefährdungen vom Alter der Betroffenen aus den empirischen Untersuchungen vor (vgl. Abb. 3). „Ungefähr ein Drittel der Befragten weist gar keine Gefährdungsbereiche auf, 23 Prozent sind *allein* durch ihre eingeschränkten Voraussetzungen, eine Erwerbsarbeit aufnehmen zu können, gefährdet, 12 Prozent haben geringe materielle Ressourcen als alleinigen Gefährdungsbereich (zum Beispiel finanzielle Rücklagen) in ihre Produktionsfunktion einzubringen. In der obigen Abbildung wird auch deutlich, welchen *qualitativen* Einfluss fehlende Mobilität als Gefährdungsbereich auf dem Land haben kann. Fehlende Mobilität betrifft hauptsächlich gering qualifizierte junge Männer (denen der Führerschein abgenommen wurde) und allein erziehende Frauen (denen die Mittel zum Kauf bzw. Unterhalt eines Kfz fehlen).“ (S. 6f.)

Für die Entwicklung einer Berichterstattung über derartige soziale Problemlagen wichtig scheinen die folgenden Hinweise von Hauss: „Die Elemente der individuellen Produktionsfunktion lassen sich inzwischen relativ (kosten)günstig durch Haushaltsbefragungen erheben. Hier kann (je nach dem Zuschnitt des Beobachtungsraums) auch auf das SOEP zurückgegriffen werden, was allerdings eine Veränderung der Definition der Gefährdungsbereiche voraussetzen würde. Grundsätzlich bietet das SOEP den Vorteil, sofort auf Zeitreihen zurückgreifen und damit die Dynamik innerhalb von Gefährdungslagen beschreiben zu können. Die äußeren Rahmenbedingungen lassen sich zum Teil mit Hilfe der amtlichen Statistik darstellen. Als besonders ergiebig wird sich hier die INKAR-Datenbank des Bundesamts für Bauordnung und Raumwesen und die Datenbanken des Berlin-Instituts erweisen. Für den Abgleich zwischen beiden Perspektiven werden sich Verbleibensanalysen in Risikolagen bzw. eine die Veränderung der Kombination individueller Gefährdungsbereiche im Zeitverlauf als fruchtbar erweisen. Denn damit könnte deutlich gemacht werden, welchen Anteil jeweils die äußeren Bedingungen bzw. die Bedingungen der individuellen Produktionsfunktion an den festgestellten Veränderungen hätten.“ (S.11)

Persönliche Gefährdungsbereiche und die äußeren Rahmenbedingungen sind nach Hauss zunächst „als solche“ überall gleich, aber sie sind räumlich und individuell in unterschiedlicher Weise ausgeprägt und treten in dieser unterschiedlichen Ausprägung mehr oder weniger häufig auf. „Dies herauszufinden wäre eine Aufgabe der anwendungsbezogenen Sozialbe-

richterstattung. Sie beschreibt letztlich die Bilanz, die sich für die Lebenslagen zwischen den haushaltsbezogenen bzw. personenbezogenen Bewältigungsmerkmalen bzw. Hindernissen und den örtlichen/regionalen Rahmenbedingungen ergibt. Unsere These besagt nun, dass aufgrund historischer, regionaler, biografischer und auch sozialer Entwicklungen die Passfähigkeit zwischen individuellen Voraussetzungen und den äußeren Realisierungsbedingungen für Teile der ostdeutschen Bevölkerung geringer ausfällt, als das in Westdeutschland der Fall ist, und dass dieses Phänomen in spezifischer Weise im ländlichsten Raum auftritt.“ (S. 13)

Im Weiteren skizziert Hauss Schlussfolgerungen für den Zusammenhang von Risikolagen und sozialer Exklusion und fragt nach der sozialen Fragmentierung. Er zeigt, dass „Personen, auf die sich mehrere ungünstige Gefährdungsbereiche vereinen, kurzfristig (und sehr oft zufällig) in eine der anderen Kombination von Gefährdungsbereichen geraten können. Insgesamt sind jedoch mit der Zunahme der Anzahl der Gefährdungsbereiche die Bewältigungsmöglichkeiten nicht nur quantitativ eingeschränkt, sondern auch qualitativ angestrengt oder überstrapaziert, so dass kleinste (und oft zufällige und nicht vorhersehbare Ereignisse) das Bewältigungssystem zusammenbrechen lassen und die Risikolage sich zur Notlage entwickeln kann.“ (S. 18)

Es sind wenigstens zwei Kohorten zu erkennen, in denen der Anteil stabiler Risikolagen auch im weiteren biografischen Verlauf recht hoch bleiben dürfte:

- Es sind die jetzt 20 bis 30-Jährigen, wenn sie schlecht ausgebildet sind, die bisher noch nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert waren/sind oder wenig Aussicht haben, die Schwelle zum ersten Arbeitsmarkt zu überwinden. Sie konnten in dieser Situation noch keine materiellen Ressourcen zur Abpufferung von Notlagen bilden. Selbst wenn es gelingen würde, deren schulische und Ausbildungsdefizite zu kompensieren (wofür wenig spricht) und selbst wenn sich die Arbeitsmarktchancen dieser Gruppe durch die Verknappung des Angebots an jungen Arbeitskräften in der Zukunft bessern würde, hätten sie dennoch kaum eine Chance, weil sich bei ihnen so genannte verhaltensbedingte Arbeitsmarkthindernisse herausgebildet haben, die einer Beschäftigung entgegenstehen. Davon sind in ländlichen Gebieten, anders als vielleicht in den Städten, auch junge Menschen ohne Migrationshintergrund betroffen. In unserem Sample waren knapp 40 Prozent dieser Altersgruppe erwerbstätig, 13 Prozent waren arbeitslos. Über Arbeitslosigkeitserfahrungen in den letzten fünf Jahren verfügte aber fast die Hälfte der Befragten.
- Auch aus der Kohorte derjenigen, die in etwa 10 bis 15 Jahren zu den Rentenbeziehern gehören werden, wird ein großer Teil einer Risikolage nicht entrinnen können oder sogar in eine hineingeraten. Von dieser Kohorte waren bereits 35 Prozent in den letzten fünf

Jahren arbeitslos, 20 Prozent sind zurzeit arbeitslos, 28 Prozent befinden sich schon im Rentnerstatus. Diese Gruppe weist die meisten Gefährdungsbereiche auf, ihren Mitgliedern droht Altersarmut aufgrund unregelmäßiger, schlecht bezahlter, prekärer (Teilzeit-)Arbeitsverhältnisse und entsprechend geringer Einzahlungen in die Rentenversicherung. Damit werden auch Unterstützungsmöglichkeiten für andere Familienmitglieder fortfallen und die Familieneinkommen werden sinken.

Diskussion

In der Diskussion fragt *Brigitte Engler* nach der Geschlechterdifferenzierung in der Analyse. *Hauss* antwortet, dass zwar grundsätzlich nach Geschlecht differenziert ausgewertet wurde, sich aber nicht sehr viele relevante Unterschiede ergeben haben. Die Gefährdungsbereiche bei Frauen, insbesondere bei jüngeren Frauen, sind anders kombiniert, aber die Erwerbsgefährdung ist insgesamt geringer, weil die Frauen besser ausgebildet sind. Die Mobilitätsgefährdung bei Männern ist größer. *Brigitte Engler* kritisiert diese Perspektive und verweist insbesondere auf die schlechtere Bezahlung. *Hauss* bestreitet dies für das untersuchte Sample.

Raj Kollmorgen fragt nach der Methodik, insbesondere nach der Unterscheidung von realen Gefährdungslagen (z.B. Erwerbslosigkeit) und potenziellen Gefährdungen (z.B. Alter oder Ausbildung). Kann man beide in der vorgestellten Weise kombinieren oder müsste man nicht unterscheiden? *Hauss* antwortet, dass es mehrere Ausbaumöglichkeiten gibt. Wenn man daran weiter arbeiten würde, müssten Potenziale und Hindernisse genauer unterschieden und operationalisiert werden, auch wenn die Modellebene noch komplizierter wird.

Kil fragt, ob man die Ergebnisse auch auf städtische Verhältnisse übertragen kann und ob es Überlegungen zur Bewältigung dieser Problemlagen gibt. *Hauss* antwortet, dass es sich bei der Untersuchung um zwei Dörfer und ein Quartier einer Mittelstadt handelte. Einige Befunde werden in Städten anders sein. Schon hinsichtlich der Mobilität war es in dem städtischen Quartier kein solches Problem, weil es mehr Mobilitätsmöglichkeiten außer dem privaten PKW gibt und Versorgungseinrichtungen leichter zu erreichen sind.

Christine Steiner: Die demographische Falle und die verlorene Generation

Der Beitrag zielt auf den Zusammenhang zwischen den problematischen Erwerbsmöglichkeiten der jungen Generation, speziell an der zweiten Schwelle, dem Übergang aus der Ausbildung in die Erwerbsarbeit, und der demographischen Entwicklung der kommenden Jahre, die sich dramatisch umkehren wird.

Christine Steiner erläutert zunächst den Befund der demographischen Falle (siehe Folien-satz in der Materialsammlung, Folie 2), wie er im zsh vor allem von *Burkart Lutz* entwickelt wurde. Mit diesem Befund wurde auf die gestörten (,blockierten') Prozesse des Generationenaustauschs in weiten Teilen der ostdeutschen Beschäftigungsstrukturen aufmerksam gemacht. Sie gehen zurück auf ein Bündel aus demografischen sowie arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Ursachen wie etwa dem drastischen Geburteneinbruch unmittelbar nach der Wende, den vielfältigen arbeitsmarktpolitischen Sonderregelungen, die den drastischen Personalabbau in den ostdeutschen Unternehmen zu Beginn der 1990er Jahre abfedern sollten, oder dem so genannten ,personalwirtschaftlichen Moratorium' in weiten Teilen der ostdeutschen Wirtschaft.

Spätestens am Ende des Jahrzehnts kehren sich die Verhältnisse um. Wegen der steigenden Renteneintritte steigt der Ersatzbedarf, gleichzeitig nimmt die Zahl der auf den Arbeitsmarkt nachrückenden jungen Erwachsenen wegen der geburtenschwachen 1990er Jahrgänge dramatisch ab. Erstmals übersteigt der Ersatzbedarf die Anzahl der zur Ausbildung zur Verfügung stehenden Schul- und Ausbildungsabgänger. Trotz anfänglicher Irritationen, die teilweise noch fortbestehen, hat sich der Befund der demographischen Falle inzwischen durchgesetzt, vor allem bei den Unternehmen, die heute bereits zunehmend mit Fachkräftemangel zu kämpfen haben. Ein Wechsel in der Politik wird ebenfalls konstatiert, zunehmend versuchen die ostdeutschen Länder, Jugendliche zu halten bzw. zurück zu gewinnen.

Eins hat sich aber trotz vielfältiger Bemühungen nicht geändert: die massiven Integrations-schwierigkeiten ostdeutscher Jugendlicher, insbesondere ostdeutscher Ausbildungsabsolventen. (Vgl. Folie 2) Zwischen 50 bis 60 Prozent der Jugendlichen gelangten unmittelbar im Anschluss an die Ausbildung in Beschäftigung, weiteren 25 Prozent gelang es, einen Job zu finden. Aber rund 20 Prozent bleiben ohne jede Beschäftigung. Was auch immer die Länder unternommen haben – es hatte auf die Integrationschancen keine relevanten Effekte. Bislang hat sich also die demographische Entwicklung nicht in einer Verbesserung der Integrationschancen niedergeschlagen.

Wir müssen zwischen dem Integrationsproblem Jugendlicher und dem Fachkräfteproblem unterscheiden. Lutz hat darauf hingewiesen, dass es offen ist, welche Reaktionen im Laufe des in Gang kommenden Generationsaustausches erfolgen werden. Wir erwarten eine Gleichzeitigkeit von anhaltend hoher Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig wachsendem Fachkräftemangel. Dazu tragen möglicherweise auch die bereits angesprochenen Beispiele für neue Rekrutierungsstrategien der Betriebe bei, die sehr viel weniger auf eigene Ausbildung setzen.

Jugendliche, die geförderte Ausbildungen absolvierten, hatten ein deutlich höheres Risiko, keine Erwerbstätigkeit zu finden – und zwar auch, wenn man direkte Übernahmen in die ausbildenden Betriebe nicht berücksichtigt. Die neuen Arbeitsmarktgesetze, die Agenda 2010 haben nicht dazu beigetragen, diese Situation zu verbessern, weil die Programme für Jugendliche kaum ihre Qualifikation und Integration in betriebliche Erwerbsarbeit unterstützen.

Diskussion

In der Diskussion fragt *Peter Bartelheimer*: Gibt es die demographische Falle oder geht es um einen veränderten Verdrängungswettbewerb zwischen verschiedenen Kategorien von Beschäftigten? Zwischen der Zahl der 21-jährigen Jugendlichen und der Nachfrage nach Arbeitskräften steht eine Vielzahl von Vermittlungen.

Rainer Land stellt die Frage, ob man davon ausgehen kann, dass der wachsende Ersatzbedarf dazu führt, dass ältere Jahrgänge zu größeren Teilen aus dem sekundären Integrationsmodus in den ersten Arbeitsmarkt zurückkehren. Dabei geht es um die „übriggebliebenen“ Jugendlichen der letzten 15 Jahre, die jetzt also zwischen 22 und 38 Jahren sind und nach der Ausbildung keinen stabilen Einstieg in die Erwerbsarbeit gefunden haben. Anders als die ABM-Generation der frühen 1990er Jahre bringen sie nicht mehr das „Kapital“ einer umfassenden arbeitgesellschaftlichen Sozialisation und mehrerer Jahre betrieblicher Erwerbsarbeit in einem DDR-Betrieb mit. Bei der Reaktion auf einen wachsenden Nachwuchsbedarf haben die Betriebe heute mehrere Optionen, wenn sie den Ersatzbedarf nicht mit vorhandenen, qualifizierten und einsetzbaren und zudem kostengünstigen Arbeitskräften decken können. Die eine Option ist, sich gut qualifizierte und billige Arbeitskräfte aus dem weiteren Umfeld, beispielsweise aus Polen zu holen. Die nächste Option wäre, stärker zu rationalisieren. Drittens könnte man auch über Abwanderung der Produktionsstätte nachdenken, insbesondere, wenn es dafür auch noch andere Gründe, Steuern, Subventionen, andere Märkte, gibt. Und erst die letzte Option ist, sich die Mühe zu machen, Arbeitskräfte aus den Überflüssigen der letzten 15 Jahrgänge zu rekrutieren. Denn da müsste in deren Qualifikation und betriebliche Sozialisation viel investiert werden, was in den vergangenen Jahren und bis heute durch zu wenig Ausbildung und schlechte Personalentwicklung gespart worden ist. Diese Option ist die letzte, sie wird nicht automatisch gewählt, deshalb kann man nicht erwarten, dass der zunehmende Ersatzbedarf tatsächlich zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit in den Kohorten der Geburtsjahrgänge zwischen 1975 und 1990 führen wird.

Ulrich Busch meint, dass sich die Frage nach dem Arbeitskräftebedarf anders darstellt, wenn wegen Abwanderung und vor allem wegen der Veränderung der Einkommenssituation

der ostdeutschen Bevölkerung ein Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage berücksichtigt wird. Den größten Anteil der Nachfrage heute machen die Rentner und die heute 40 bis 60-Jährigen aus. Die heutigen Rentner aber sind in 10 oder 20 Jahren zu einem großen Teil nicht mehr da und die heute 40 bis 50-Jährigen werden dann als Rentner wesentlich weniger Einkommen haben als die heutigen Rentner. Wenn aber die zahlungsfähige Nachfrage auf angenommen 60 Prozent zurückgeht, sinkt auch die Zahl der benötigten Arbeitskräfte und dann könnte es durchaus sein, dass es gar keinen Nachwuchsmangel gibt.

Christine Steiner: Das Modell der demographischen Falle geht zunächst davon aus, dass der Stand der Arbeitskräfte ungefähr gleich bleibt und auch das Ausbildungssystem etwa so bleibt, wie es ist. Zwischen dem Befund eines Fachkräftemangels und den Integrationschancen der jungen Generationen liegen viele Institutionen, die das vermitteln und kleinarbeiten. Welche Konsequenzen also tatsächlich eintreten, kann man nicht allein mit den Zahlen prognostizieren. Man muss aber auf das Problem aufmerksam machen, dass in einer Gesellschaft, die über zu wenige Kinder und zu hohe Abwanderung klagt und in der es zugleich Fachkräftemangel gibt, eine große Zahl an Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ins Erwerbsleben wollen, keine echte Chance hat. Die Gesellschaft müsste sich genau auf die Lösung dieser Frage konzentrieren, um glaubwürdig zu sein.

V. Schrumpfung: Raumordnung oder Gesellschaftsordnung?

Andreas Willisch: Fragen zum Thema

Die Schrumpfungsdiskussion ist eine Transformationsdebatte, die von zwei Polen her geführt wird: Die eine Debatte ist die der demographischen Schrumpfung, womit hierbei die Vorstellung gemeint ist, dass im Jahr 2050 die deutsche Bevölkerung auf einen unverträglich tiefen Stand gesunken sein wird, so dass es Schwierigkeiten geben wird, alle Institutionen weiter aufrecht zu erhalten. Die andere Debatte hat wesentlich mehr mit den wirtschaftlichen Problemen zu tun. Hierbei geht es um Deindustrialisierung und Demilitarisierung, womit der abrupte Zusammenbruch von Altindustrien gemeint ist, aber auch, dass Industriebetriebe riesige Rationalisierungsfortschritte gemacht haben und Betriebe, die vorher beispielsweise 20.000 Beschäftigte hatten, heute nur sehr wenige benötigen, um das Gleiche herzustellen. Vielleicht sollte man nicht nur von einer De-, sondern auch von einer Hyperindustrialisierung sprechen.

In den Medien kann man derzeit erleben, was passiert, wenn beide Debatten zusammen gebracht werden. Dann sieht es nämlich so aus, als müssten wir damit rechnen, dass im Jahre 2030 viele europäische Regionen und Städte so aussehen werden wie bereits heute Hoyers-

werda, Wittenberge oder Halle-Neustadt. Das sind natürlich Katastrophenszenarien, die so nicht zusammen gehen, und Illusionen – gute wie schlechte –, mit denen wir uns im ersten Teil der Diskussion beschäftigen wollen.

Podiumsdiskussion mit Wolfgang Kil, Ingeborg Beer, Tobias Robischon, Christine Weiske, Peter Franz

a) Dekonstruktion

Was ist aus Ihrer Sicht auf die gegenwärtige Demographie- und Schrumpfungsbefragung die Illusion, deren Dekonstruktion Sie besonders wichtig finden?

Peter Franz sagt dazu: Der fast ausschließliche Bezug der öffentlichen Debatte auf die Veränderung der Bevölkerungszahl verdeckt, dass wir in einem Raum in Mitteleuropa leben, der sich im Vergleich zu anderen Räumen dadurch auszeichnet, dass er in einer gemäßigten klimatischen Zone liegt und in den letzten Jahrzehnten weitgehend frei von lebensbedrohlichen Naturkatastrophen geblieben ist. Er ist mit Naturressourcen wie Wasser, fruchtbaren Böden und Wäldern sehr reich ausgestattet und verfügt über gut bis sehr gut ausgebaute überregionale Verkehrsinfrastrukturen und teilweise eine moderne Netzinfrastruktur, so dass nutzungshemmende Altlasten zum Gutteil abgebaut worden sind. Wenn man dies aus der Vogelperspektive betrachtet, dann sind so günstige Voraussetzungen für Aktivitäten zur Einkommenserzielung in diesem Raum vorhanden, dass es eigentlich nicht vorstellbar ist, dass dieser Raum auf längere Zeit unterbenutzt und unterbewohnt bleibt und schon gar nicht in einen Zustand geraten wird, in dem er über längere Zeit hinweg unbenutzt oder unbewohnt bleibt.

Es gibt aber gleichzeitig Entwicklungen im ostdeutschen Raum, welche es schwer haben, diese günstigen Voraussetzungen zu nutzen. An erster Stelle ist hierbei der Exodus von Talenten und damit auch von möglichen Unternehmerinnen und Unternehmern zu nennen, denen es gelingen könnte, vielfältige Potenziale dieses Raumes neu zu kombinieren. Gleichzeitig ist im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung über diese günstigen Voraussetzungen praktisch ein Mehltau eines wohlstandgealterten Staates gezogen worden. Es soll daran erinnert werden, dass in der Demographie der Zusammenhang zwischen Schrumpfung und Wirtschaftswachstum auch schon anders gesehen worden ist, wenn man an die Anfänge der Demographie zurückdenkt, wie Malthus das unkontrollierte Bevölkerungswachstum als sehr starkes Hindernis für Wirtschaft und Wachstum gesehen hat. In den Anfängen der Demographie wurde eine umgekehrte Sichtweise verfolgt, dass also ein hohes Bevölkerungswachstum die Aussichten eines Landes auf wirtschaftliches Wachstum eher schmälert.

Christine Weiske erklärt: Die erste Illusion ist, dass alles so bleiben könnte, wie es gerade ist. Sie hält auch das Verständnis von der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen und -räumen wie auch den § 1 des Raumordnungsgesetzes für falsch. Sie glaubt, dass dort sehr viele Illusionen enthalten sind, von denen man sich verabschieden müsse. Schrumpfungsprozesse sind verbunden mit der Umverteilung von Chancen und dies muss offensiv angegangen werden. Hierbei stimmt sie mit der Mehлтаuthese überein, bei der der Mehltau sozusagen weggespült werden muss.

Tobias Robischon wünscht sich, dass sich die Debatte über Schrumpfung und demographischen Wandel, so wie sie in der Öffentlichkeit geführt wird, verändert. In der aktuellen Debatte geht man von dem Glauben der exakten naturgesetzlichen Vorausberechenbarkeit der Zukunft aus. Hiervon sollte man Abstand nehmen und sich besser vor Augen führen, welche Spielräume tatsächlich vorhanden sind. Als Empfehlung könnte man diese relativ ökonomiefrem geführte Debatte über demographische Entwicklung mit einigen gründlichen ökonomischen Überlegungen unterlegen und dadurch erweitern, was möglicherweise zu etwas anderen Ergebnissen führen könnte.

Ingeborg Beer: Eine Illusion, die bereits angesprochen wurde, ist die Sichtweise der Demographie, die die Umbrüche wirtschaftlicher Art tatsächlich verdrängt. Es kommt eigentlich darauf an, die beiden Dimensionen zusammen zu denken – demographische Entwicklung und wirtschaftsstrukturelle Umbrüche. In Schwedt sieht man den Unterschied ganz besonders. Wirtschaftliches Wachstum oder wirtschaftliche Power, welche in der Stadt mit ihren Industriegebieten durchaus vorhanden sind, führen nicht mehr dazu, dass die Bevölkerung wächst.

Worin liegt eigentlich der Schrecken des Schrumpfens? Nicht im Resultat. Schwedt/Oder hatte mal 55.000 Einwohner und hat jetzt 37.000. Es gibt aber Städte, die 30.000 Einwohner haben und in denen ein aktives lebendiges Leben herrscht. Beer glaubt nicht, dass die geringe Anzahl der Einwohner das Problem ist, sondern das Problem liegt in dem Schrumpfungsprozess an sich. Die Aufgabe liegt darin diesen so zu gestalten, dass ein Resultat erreicht wird bei dem lebenswerte Verhältnisse entstehen. Hierbei sieht sie aber auch am Beispiel Schwedt, dass dieser Prozess nicht einfach ist. Schrumpfung ist nicht nur eine Chance, sondern es tritt auch sehr viel Druck in diesem Prozess auf, und es ist die entscheidende Frage, wie man mit dieser Prüfung zurecht kommt.

Wolfgang Kil sagt, dass man sich zum einen von der Vorstellung verabschiedet sollte, dass es für alle reichen könne. Wenn wir irgendwo Wachstum haben und uns darüber freuen, übersehen wir dabei, dass Wachstumsinseln auch ein Verlustloch produzieren. Es gibt kein Wachstum, das nicht auf Kosten von Anderen geht. Das ist die Situation, die für Kil in der

Schrumpungsdebatte dazu führt zu sagen: Hört auf mit dem Konkurrenzdenken! Standortkonkurrenz ist kein Mechanismus um Schrumpungsprozesse zu steuern, und sie führt zu nichts weiter als zu Standortkanibalismus.

Zum anderen möchte er wegen der Ratlosigkeit, die wir hier erleben, über Normalisierung reden. Diesen Prozess haben bereits die fünf oder sechs Generationen vor uns durchlebt. Man stelle sich vor, wie das im 19. Jahrhundert in den Regionen aussah, die nicht von der Industrialisierung erfasst worden sind. Die guckten alle nur auf die industrialisierten Regionen, man weiß, wie toll es im Ruhrgebiet wurde und wie überall die Städte wuchsen und die Eisenbahn kam. Auch die Industrialisierung hat den davor befindlichen Zustand völlig in Chaos und Ratlosigkeit geworfen und teilweise nur Ruinen zurückgelassen. Eine ganze kontinentale Gesellschaft musste durch diesen Prozess hindurch, ohne dass diese wusste, wo es lang geht. Sie haben diesen Prozess absolviert und sich mit den neuen Verhältnissen arrangiert. Das war der Beginn des Industrialisierungsprozesses. Der jetzige Zustand ist Kils Meinung nach epochal genug, um zu sagen, dass er mit dem vergleichbar ist. Deshalb wäre es vermessen zu glauben, dass man ohne eine solche Erschütterung auskomme.

2. Schrumpfungsszenarien

Sehen Sie Möglichkeiten, derartige Schrumpfungsszenarien und die sie beschreibenden Variablen für eine Berichterstattung zu „sortieren“? An welche Merkmale sollte man sich halten?

Tobias Robischon empfiehlt: Schrumpfung ist eine räumliche Ordnung der Gesellschaft und diese räumliche Ordnung sollte auch im Bericht anschaulich sein. Mit anderen Worten: Man muss die Zusammenarbeit mit einem Kartographen suchen, denn wie dort berichtet wird ist für die Rezeption von ungeheurer Wichtigkeit. Robischon weiß zwar nicht, welche Variablen dafür geeignet sind, um Fragmentierung zu zeigen. Er denkt aber, dass dies ein interessantes Instrument für die Berichterstattung ist, um die Situation sichtbar zu machen

Christine Weiske sagt, dass der Verlauf von Schrumpfung auf eine stärkere Segregation auf der räumlichen Ebene hinaus läuft, räumliche Disparitäten nehmen zu. In der räumlichen Forschung benutzt man nicht das Fragmentierungsmodell, sondern das Segregationsmodell. Ihr Vorschlag für die Berichterstattung ist, Multiperspektivität in die Raumbewertung zu bringen, also nicht nur die Perspektive aus der amtlichen Raumbewertung einzubringen, sondern auch die Akteurbeziehung einzubeziehen. Dies tut bereits das BBR (Bundesamt für Bauordnung und Raumwesen) in zunehmendem Maße. Die werden eine Berichterstattung in

allernächster Zeit abliefern, die überaus kleinteilig ist, so dass der Zusammenhang zwischen der räumlichen Existenz des Einzelnen und seinem Lebensumfeld genauer wird.

Es kommen auch andere Raubeobachtungsperspektiven hinzu, die das Subjekt in seinen räumlichen Bewegungen und in seinen sozialen Modalitäten zeichnen. Herr *Hauss* hat dies bereits modelliert und in diese Richtung müsste es weitergehen. Und es wäre auch interessant in Bezug auf das Städteranking, das wir gestern gesehen haben. Das wurde ja auch über einen hochkomplexen Index abgebildet. So ähnlich stellt Weiske sich einen Mobilitätsindex für das Individuum vor, wo die Dimensionen der psychischen und sozialen Mobilität (Bildung, Familienstand, Sozialkapital) mit der räumlichen Mobilität verknüpft werden. Dann hätte man einen Zugang zu dem, was sie „Umverteilung der Chancen“ genannt hat.

Peter Franz überlegt, was die Forschungsergebnisse des Wirtschaftsforschungsinstituts hergeben. Da fällt ihm als wichtiges Ergebnis die gleichförmige Entwicklung der ostdeutschen Städte bis zum Beginn dieses Jahrhunderts ein. Diese gleichförmige Entwicklung über verschiedene Indikatoren hinweg beginnt sich aufzulösen und es wird anscheinend so, dass der Standortwettbewerb der Städte sich langsam auszuwirken beginnt. Auf der anderen Seite ist es so, wie es bereits Herr *Kil* gut dargestellt hat, dass ein Wettbewerb natürlich immer gleichzeitig Gewinner und Verlierer hat.

Wenn man Standortwettbewerb ernst nimmt, dann muss man bestimmte Voraussetzungen zum Standortwettbewerb mitbringen. Hierbei haben jene Städte Vorteile, die über Hochschulen bzw. Ausbildungsstätten verfügen und damit in der Lage sind, Personen aus anderen Räumen für eine gewisse Zeit anzuziehen. Die Verlierer scheinen ganz eindeutig Städte zu sein, die in der DDR-Zeit als reine monofunktionale Wohn- und Schlafstädte gebaut wurden und deren industrielle Basis größtenteils weg gebrochen ist. Das ist der andere Pol, dazwischen ist dann eine große Grauzone, wo es sehr schwierig ist zu differenzieren.

Ingeborg Beer meint, das sich beispielsweise die Position von Schwedt mit einer Fachhochschule wahrscheinlich verbessern würde, aber diese Fachhochschule sei unwahrscheinlich. Man sollte sich von der Illusion verabschieden, dass alle Städte das Selbe haben müssten. Man sollte kooperieren. Das ist ein Schlüsselwort – mit Eberswalde, Stettin und Berlin. Man muss einfach neu denken, nicht jeder muss alles haben.

Zur Frage nach räumlicher Klassifikation und Indikatoren meint Beer, dies sei auch eine Frage des Qualitativdenkens des Schrumpfungsszenariums. Wo sind denn die Ressourcen? Und hierbei muss man nicht immer nur an Industrie denken. Die Industrie ist ein Faktor, der in Brandenburg ihrer Meinung nach auch überbewertet wird. Es gibt ganz andere Potentiale, die dieses Land hat und welche zu wenig nach vorne gebracht werden. Sie denkt gerade an

den historischen Stadtteil, den Nationalpark und so weiter. Sie würde auf gestaltungsorientierte Suchprozessen verweisen.

Willisch fragt, woran man auf einer mikro- und individuellen Ebene Raumpioniere erkennen kann. *Wolfgang Kil* antwortet darauf, man dürfe die Fallhöhe des Landes Brandenburg nicht unterschätzen. Man sieht zwar heute das Land Brandenburg fast nur noch als Landschaft, aber 1990 war Brandenburg ein hoch industrialisiertes Land. Das kann man nicht einfach auf Trapper und Fallensteller umbauen. In dem Moment, wenn wir Gegenden im Kopf und de facto aufgegeben haben, wenn dort nichts mehr geht und die Wölfe vor der Tür stehen, dann gibt es Leute, die in diese Gegend gehen und von vorne anfangen. Diese Menschen sind für ihn Raumpioniere. Raumpioniere sind Leute, die nach Möglichkeiten suchen, die wir ihnen nicht vorgeben können. Und es ist unsere Aufgabe, sie dabei zu beobachten. Was unterscheidet sie von denen, die weggegangen sind? Das könnten eventuell die Signale für die Richtung sein, in die es mal geht.

Andreas Willisch fragt, ob die sozioökonomische Berichterstattung eine Karte der Raumpioniere aufnehmen sollte. *Wolfgang Kil* antwortet, dass es noch zu früh ist, da die Raumpioniere erst langsam erkennbar werden. Strukturbildungen werden vielleicht in etwa 10 Jahren erkennbar sein.

Weiske widerspricht. Es gibt die Raumpioniere, die sich völlig neu erfinden, also die Lebensziele und Lebensweisen haben, die wir noch nicht kennen. Aber es gibt auch die, die aus der Tradition heraus schon einen Habitus entwickelt haben, und führt die Ökolandwirte oder Wassergenossenschaften in Sachsen als Beispiel an. Es gibt also auch einen Vorrat, aus dem Raumpioniere entstehen können.

Ingeborg Beer empfiehlt Raumpioniere zur Kartographie. Aber sie würde zum Beispiel auch von Restorten sprechen. Es kann schon sein, dass es Orte gibt, die keine Zukunft haben. Aber solange dort Leute leben, braucht man Strategien, um diese aufzufangen. Wenn Leute krank sind oder Kinder haben, müssen Infrastruktur und Verkehr erreichbar sein. Kreativität, intelligente neue Lösungen werden gebraucht, damit die Leute auch in den Restorten leben können. Man muss die Strukturen mobil organisieren.

Tatjana Fuchs findet den Vorschlag mit der Kartographie sehr spannend, auch für die Berichterstattung, und sie hält es für sehr sinnvoll, Personenmerkmale und Haushaltsmerkmale in Form von Indizes auf solchen Karten abzubilden: Hierbei erscheint mir die Abbildung der Qualität der öffentlichen Infrastruktur doch sehr entscheidend zu sein für alle Fragen, die letztendlich das Spannungsfeld von Integration und Ausgrenzung berühren. Wie ist also der öffentliche Reichtum und die öffentliche Armut in Form der regionalen Infrastruktur verteilt

und abzubilden? Ihre Frage ist, ob es so etwas wie Kennzahlen gibt, die die Qualität öffentlicher Infrastrukturen beschreiben und die man dann in solchen Raumkarten abbilden könnte.

Peter Franz antwortet darauf: Wenn es um den Verbreitungsgrad und die Dichte von öffentlicher Infrastruktur geht, ist man gut beraten, wenn man erst mal die verschiedenen Forschungen und Karten des BBR heranzieht.

Benjamin Nölting fragt, ob es bei der Darstellung des Grads der öffentlichen Daseinsvorsorge in Bezug auf die Standortkonkurrenz nicht nur um Standortkonkurrenz zwischen den Städten sondern in viel schärferer Form um eine Konkurrenz zwischen Stadt und Land geht. Hierbei denkt er, dass standardisierte Werte vielleicht auch kontraproduktiv sind. Es gibt zum Beispiel einen Lebensqualitätsatlas, wo diese ländlichen Regionen unglaublich schlecht abschneiden, da relativ wenig Kinos und Krankenhäuser pro Kopf und Quadratkilometer vorhanden sind. Es ist aber die Frage, ob man wegen der Kinos im ländlichen Raum wohnt. Deshalb müsste man klären, was die unterschiedlichen Qualitäten ausmacht.

Willisch fragt, ob es Kriterien gibt, die uns annehmen lassen, dass der Unterschied zwischen Stadt und Land zunimmt oder dass er eher abnimmt.

Christine Weiske meint dazu, dass der Unterschied eher zunimmt, einfach weil die Finanzen, die umzuverteilen sind, geringer werden und demzufolge solche Leistungen nur dort voll aufrechterhalten werden, wo viele Menschen sind. Das spricht eben auch dafür, die Städte als moderne Lebenszusammenhänge anzusehen. Das heißt, die Städte bieten ein anderes Lebenskonzept als das Land, und es kommt im zunehmenden Maße auf den Wählenden an, sich zu entscheiden, welches Lebenskonzept er als passender empfindet.

Hierbei gibt es die „Urbaniten“ und es gibt die, die in anderen Zusammenhängen leben wollen, Raumpioniere oder Sub-Urbaniten. Das ist der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft geschuldet und dazu gehören natürlich auch unterschiedliche Ressourcenausstattungen. Das Individuum wählt, checkt sozusagen seine eigenen Ressourcen ab und trifft Entscheidungen über Prioritäten. Eltern, die ihren Kindern eine sinnvolle Schulbildung angedeihen lassen wollen, überlegen, wo die Schulen sind.

Die entscheidungsfähigen Einzelnen in ihren Gemeinschaften treffen Standortentscheidungen ähnlich wie Unternehmen. Dabei kommt es zunehmend vor, dass sie Standortentscheidungen über mehr als einen Wohnsitz treffen, dass sie zwei Standorte kombinieren. Pendeln ist ja die Fähigkeit, Räume miteinander zu kombinieren. Multilokalität wäre ein anderes Beobachtungsarrangement, das Weiske für sehr sinnvoll hielt.

Im Übrigen macht es keinen Sinn, an allen Orten alle Standards zu sichern. Man könnte beispielsweise Menschen, die irgendwo vereinzelt leben, so was wie Mobilitätsbeihilfe geben,

damit sie ihren Wohnsitz an einen Ort mit mehr Einwohnern verlegen können. Das wäre zum Beispiel auch eine Möglichkeit, die öffentlichen Gelder eher als Subjektförderungen auszugeben, damit die Individuen in der Lage sind eine angemessene Wahl zu treffen, und nicht gegen ihre Präferenzen festgehalten werden, nur weil das Haus dort steht.

Raj Kollmorgen weist darauf hin, dass seit Mitte der 1990er Jahre ein regionaler Familienatlas vom DJI herausgegeben wird und sich dort Daten zur sozialen Infrastruktur finden lassen.

Peter Bartelheimer fragt, wie man mit dieser anregenden raumbezogenen Diskussion in der Berichterstattung später umgehen muss. Er möchte thematisch die Idee der Kartographie aufgreifen. Das ist im Moment unschlagbar, die Frage ist nur, was stellt man dar? Es gibt bereits sehr elaborierte raumbezogene Informationssysteme. Wenn man anfangen will, dem BBR in die Suppe zu spucken, dann müssen wir zuvor in derselben ein Haar gefunden haben. Deswegen steht die Frage, ob es in dieser Schrumpfungsdiskussion Anhaltspunkte gibt, die der BBR nicht verwendet. Das BBR hat ja im letzten Raumordnungsbericht ein Konzept von Schrumpfung operationalisiert. Kann man dort sagen, dass es unterkomplex ist, dass man damit mehr machen könnte? Die zweite Frage, die sich stellt, wenn man Karten empfohlen bekommt, ist die: Was ist der richtige und noch anschauliche Maßstab?

Beer glaubt, dass es eine Frage der Flughöhe bzw. der Betrachtungshöhe ist. Also im Grunde kann man wahrscheinlich nicht mehr sehr viel bringen, als das was das BBR irgendwie vorgibt. Aber wenn man fragt, wie geht es voran mit den Städten, dann ist das BBR sicher unterkomplex. Dann würde sie eher darauf schauen, welche Funktionen die Städte erfüllen und nicht nur für sich allein, sondern im regionalen Kontext. Wir haben zum Beispiel in Brandenburg den Begriff „Ankerstadt“. Der ist auch noch ein bisschen wenig ausgeführt. Das heißt, dort gibt es eine Zentralisierung von Infrastruktur, die auch für andere Städte und kleine Dörfer eine Bedeutung hat.

Willisch fragt nach: Wenn er Frau Beer richtig versteht, sollte die soeb nicht in einzelnen Orten PKWs zählen, sondern mehr das machen, worin die Soziologie viel stärker ist, sozusagen stärker Typen kartographisch abbilden.

Christine Weiske sieht da Probleme: Es geht offensichtlich eher um qualitative Daten und um Phänomene der Kontingenz, die sich eben nicht einfach standardisieren lassen. Es wäre interessant kontingente Phänomene in die Berichterstattung einzubeziehen, obwohl dies der Anforderung, flächendeckend zu sein und vergleichbare Indikatoren anzuwenden, widerspricht.

Thomas Robischon fügt hinzu: Was häufiger angesprochen wurde, war die Karte schrumpfender und wachsender Städte, die es, wie er glaubt, vom BBR nun auch auf die kommunale Ebene heruntergerechnet gibt.

Michael Thomas wendet ein: Noch mal zum Problem der Karten am Beispiel Familienfreundlichkeit. In seiner Region weiß er, dass sie familienfreundlich ist. Er weiß aber, nach dem Landkreisranking liegt diese Region auf Platz 433. Er weiß, nach der Kriminalitätsstatistik liegt die Stadt ganz gut. Er hat somit eine Fülle von Karten, die er übereinander legen kann und eine Fülle von Informationen, wovon irgendetwas übrig bleibt. Was er nicht beantworten kann, ist, was die Leute dort beschäftigt und was sie bewegt. Was ihn beschäftigt, ist die Idee, dass es eine Fülle von Regionen gibt, die sich in einem Übergangstatus befinden, und dort kommt das Problem der „Fallhöhe“ zum Tragen, das Normative – wie empfindet man das? Daher wäre es interessant, eine Art von qualitativen Fallstudien zu machen, die nicht den Ehrgeiz haben, etwas Quantitatives im Querschnitt abzubilden, sondern die die offene Frage möglicherweise an zwei bis drei typologischen Fallstudien angehen und herauszufinden versuchen, worum es bei den sozialen Reorganisationsprozessen einer Region eigentlich geht – und dies dann explorativ in die Berichterstattung aufzunehmen.

Rainer Land meint, dass es keinen Zweck hat, den Raumordnungsbericht zu wiederholen. Unser Thema ist der Umbruch von „Wirtschafts- und Sozialmodellen“. Er beobachtet, dass es in Nordbrandenburg und Mecklenburg-Vorpommern bei mittleren und kleineren Orten keinen einzigen Fall gibt, der nicht in den letzten fünfzehn Jahren einen gravierenden Funktionswechsel vollzogen hat. Fast alle dieser Städte haben bis auf die Funktionen, die per definitionem gar nicht verschwinden können, einen gravierenden Funktionsverlust erfahren, einige haben neue Funktion gefunden, andere sind nur noch Reststädte ohne Funktion. Kann man ein Szenario des Umbruchs als Verlust und Neugewinnung von sozioökonomischen Funktionen von Orten als Basis dafür nehmen, um Schrumpfung und Entwicklung abzubilden?

Peter Franz findet dieses Herangehen interessant: In diesem Prozess des Standortwettbewerbs hat doch jede Kommune die Aufgabe, selbst zu versuchen, eine Kombination aus den in der Region vorhandenen bzw. den vielleicht ansiedelbaren Ressourcen zu finden. Dabei erfolgen Funktionsverlust bzw. Funktionswandel von verschiedenen Gemeinden. Mir ist keine Karte bekannt, die jemals versucht hätte dies abzubilden. Wenn Rainer Land in seinem Institut ein relativ flächendeckendes Wissen über Funktionsveränderungen hat, wäre das ein sehr gutes Ausgangsmaterial. Aber das wäre in Bezug auf ganz Ostdeutschland eine gewaltige empirische Aufgabe. Es wäre aber sinnvoll, einmal die vorhandene Literatur über verschiedene Regionen und Städte genauer zu sichten und dann ein Urteil zu fällen.

Friedrich Hauss: Was wohl deutlich geworden ist, ist, dass wir Karten benötigen, die soziale Verhältnisse abbilden, und vor allem benötigen wir Indikatoren, die Dynamiken ausdrücken und keine Karten, die Zustände ausdrücken.

Christine Steiner: Gerade bei den Schrumpfungsszenarien zeigt sich, dass das Indikatorenkonzept an seine Grenzen stößt. Wenn Indikatoren gut funktionieren, bilden sie vergleichsweise stabile Trends ab und wenn man mit Indikatoren instabile Trends abbilden will, hat man ein Problem. Vielleicht wäre es eine ganz gute Idee, darüber nachzudenken, zumindest in ausgewählten Berichtsgegenständen die Varianz von Indikatoren darzustellen. Also nicht nur die statistische Varianz zu zeigen, sondern auch zu zeigen, dass in dieser Varianz eine andere Qualität zum Ausdruck kommt. Das wäre eine Voraussetzung, um Dynamiken überhaupt abbilden zu können.

c) Gestaltungsszenarien

Ist Schrumpfung überhaupt gestaltbar? Wo sehen Sie die Ansätze neuer Alltagspraktiken und neuer Verfahren? Wie weit ist eine Institutionalisierung neuer Praxis der Stadtgestaltung erkennbar? Wo sehen Sie dann die Konturen einer „neuen Postschrumpfungsgesellschaft“?

Ingeborg Beer verweist auf zwei Begriffe: Kommunikation und Kooperation. Innerhalb der Städte sind die physischen Freiräume, die entstehen, zu gering, um zukunftsfähig zu werden. Hierzu braucht es mehr Handlungsfreiraum für die Akteure, die Ideen haben. In dieser Hinsicht gibt es durchaus einen Gleichklang zwischen der Politik, der Verwaltung und den Leuten. Im Kommunikationsprozess müssen sie sich vergewissern, wo man als Stadt gemeinsam hin will. Um in der Daseinsversorgung bestehen zu können, braucht es interkommunale Kooperation, wofür es bereits gute Beispiele gibt. Man verabredet sich, was man gemeinsam macht und was allein gemacht werden muss.

Robischon will das Augenmerk auf die Suchprozesse lenken. Suchprozesse der Städte oder Regionen, die darum gehen, wie vorhandene ökonomische Ressourcen aufgestellt werden könnten, um Lebensqualität herzustellen und zu verbessern. Dies kann man in Form von Fallstudien machen, weil es sich um Einzelfälle handelt und man hierbei nicht mit Indikatoren und Karten auskommen kann. Diese Suchprozesse und wie diese ablaufen und funktionieren, sind das, was mit „städtischer Kreativität“ gemeint ist.

Peter Franz: Mit dem Drehbuch „Stadtumbau Ost“ sind die Rahmenbedingungen für das Entstehen eines neuen globalen Regimes geschaffen worden, das in sehr vielen Städten durch ein Netzwerk von großen Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften und den Verantwortlichen in den Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsämtern getragen wird. Dieses Netz-

werk trifft nun grundlegende Entscheidungen über den Abriss von größeren Wohnungseinheiten in den Städten. Wie es scheint, mit sehr großer Priorität für den Abriss. Der gleichzeitig im Programm angelegte Aufwertungsaspekt wird seines Erachtens in diesen Regimes und Netzwerken noch stark vernachlässigt. Hierbei stellt sich die Frage, was eigentlich die politische Legitimation dieses neuen Abrissregimes ist. Ist es nicht so, dass bestimmte Bedürfnisse der Bevölkerung von vorneherein ausgeblendet werden? Wäre es auch die Aufgabe der sozio-ökonomischen Berichterstattung, hier genauer hinzuschauen?

Wolfgang Kil weiß nicht so genau, was in den Bericht hineingehört. Aber er denkt daran, dass Schrumpfung zu einem vollkommen veränderten Bodenwertgefüge führt. Bodenwert im Sinne von Familienbesitz spielt in unserem Gesellschaftsraum eine wichtige Rolle als soziales Sicherungselement. Zurzeit kommt dies schwer in die Krise. Das schlägt auf das Rentensystem, das Familiensystem und das Pendlerverhalten durch. Ein ganz entscheidender Stabilisierungsfaktor bricht weg: Grund und Boden ist nicht mehr heilig.

Christine Weiske stellt die Herstellung der geistigen Verfassung der lokalen Gesellschaft in den Mittelpunkt. Die mentale Verfassung einer lokalen Gesellschaft wird auf den Verlauf der Schrumpfung einen großen Einfluss nehmen. Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, die urbanen Regime oder lokalen Verhandlungssysteme, die „local governance“, aber auch Toleranz, Ironie, kulturelle Vielfalt und eine gewisse Gelassenheit unterscheiden Stadtgesellschaften voneinander. Vielleicht wäre es möglich, diese Verfasstheit der lokalen Gesellschaften zu beschreiben.

VI. Bericht für die Berichterstatter: Was nehmen wir mit, was sollten wir lassen?

Raj Kollmorgen: Kritische Revision des Werkstattgesprächs

Raj Kollmorgen versucht, aus den zwei Tagen einige Ansätze, Herangehensweisen und offenen Fragen aufzuzeigen und zu diskutieren. Er ist auf fünf Punkte gekommen, die er vorträgt:

1. Er glaubt, dass aus der Diskussion der beiden Tage heraus gekommen ist, dass die *Umbruchsthese* sehr zu recht formuliert worden ist und sie findet sich ja schon im ersten Bericht. Gerade auch die letzte Podiumsdiskussion hat noch mal deutlich gemacht, dass wir es tatsächlich mit einem epochalen Umbruch zu tun haben. Das gibt es ja auch in vielen Zeitdiagnosen bei Beck und Castel. In der Tat denkt er, so wie es das Berichtsteam bereits formuliert hat, dass in Ostdeutschland als Ansatzpunkt mehrere Umbrüche zusammen kommen.

Kollmorgen will zunächst in diesem ersten Punkt etwas zum theoretischen und ideologischen Herangehen sagen, weil das in diesen zwei Tagen eine Rolle gespielt hat. Hierbei ver-

weist er auf die Erkenntnisse der Transitions- oder Transformationsforschung. Es ist so, dass diese immer wieder mal aus dem Blick geraten, wenn man zu neuen Feldern kommt und sich neue Bereiche erschließt. Dabei wurde manches formuliert, das sich auch in dem Diskussionspapier wieder findet und was man bestärken muss. Nämlich die Tatsache, dass man in einer solchen Umbruchssituation mit den normalen Methoden der Sozialwissenschaften allein nicht weiterkommt. Das heißt, mit Funktionsunterstellungen, mit Systemunterstellungen, mit der Unterstellung, dass man aus Institutionen-Settings das Verhalten oder die Orientierungen stringent ableiten kann. Man muss multiperspektivisch an solche Prozesse herangehen und das möchte er noch mal unterstreichen. Er glaubt in der Tat, dass man insofern nicht nur systemfunktionaltheoretisch oder strukturfunktional argumentieren kann, sondern es braucht tatsächlich auch einen Blick von unten. Außerdem muss man aus einer handlungstheoretischen Perspektive argumentieren. Insofern erlangen die Vorschläge, Suchbewegungen, (ggf. auch einzelner Akteure) darzustellen, eine größere Bedeutung, als das in normalen relativ kohärenten gesellschaftlichen Systemen der Fall ist.

In den zwei Tagen wurde mehrfach diskutiert, wieweit die Idee der fordistischen Gesellschaft oder eines regulären Normalarbeitsverhältnisses oder einer normalen Stadt und deren Funktionen methodisch vorausgesetzt werden können oder müssen. Dies sind Normalitätsunterstellungen, die auf funktionierende kohärente Systeme Bezug nehmen. Von diesen muss man sich aber zu einem gewissen Grad distanzieren, wenn man solche Umbruchsprozesse analysieren will. Kurzum, wir haben es hier nicht nur mit einem arbeitgesellschaftlichen Habitus zu tun, mit dem wir uns in der Umbruchssituation als Gegenstand auseinandersetzen, sondern wir selbst sind auch als Sozialforscher in diesem arbeitgesellschaftlichen Habitus gefangen und wir können uns auch nur bis zu einem gewissen Grade davon distanzieren. Diese Distanzierung sollten wir jedoch versuchen. Ein Beispiel hierfür wären nicht nur Regulierungssettings, also das reguläre Arbeitsverhältnis zum Beispiel, sondern auch der Begriff des Wachstums, der jetzt zum Schluss auch noch mal eine Rolle gespielt hat. Hier haben wir es mit Schrumpfungprozessen zu tun und das trifft auf alle Felder zu. Wir haben offensichtlich keine wachsende Partizipation mehr, wir haben keine wachsende Bevölkerung und wir haben auch nicht einfach wachsende Ökonomie. Darüber müsste nachgedacht werden, um den fordistischen Habitus in Frage zu stellen. Eigene Deutungsmuster sind wichtig für die Analyse von Umbruchgesellschaften.

2. Zur These der fragmentierten Entwicklung sagt Kollmorgen, dass dies schon in der Diskussion des Fordismus und Postfordismus eine Rolle gespielt hat. Er erinnert sich an Diskussionen in der britischen Sozialwissenschaft Anfang der 1990er Jahren über neofordistische

Tendenzen. Ist „fragmentierte Entwicklung“ ein glücklicher Begriff? Was ihn für Kollmorgen ein wenig problematisch macht, ist die Neutralität, dass er nirgendwo hinzeigt. Das Fragmentarische ist etwas, was wir in der gesamten Postmodernedebatte immer wieder gehört haben. Das einheitliche Kohärente geht zu Bruch und es fragmentiert sich. Kann dieser Begriff für eine sozioökonomische Berichterstattung tragen, wenn man es sachlich korrekt und inhaltlich konkreter ausgestalten will? Er habe hierfür noch keine Lösung, aber er formuliere es als Merkpunkt.

3. Zu bedenken wäre, ob man die Debatte um das Verhältnis von System- und Sozialintegration noch mal aufgreifen sollte. Einerseits die Frage, wie über Funktionalbeziehungen die Gesellschaft, in dem Fall auch der sozioökonomische Zusammenhang integriert wird. Dann aber auch, wie über Normen, Handlungen, Interaktion und Solidaritätsformen, etc. Integration hergestellt wird. Das könnte auch dieses Problem der Überflüssigen noch mal auf eine andere Art sichtbar machen.

4. Ein weiteres Thema sind die Rückwirkungen von Ostdeutschland auf Westdeutschland. Auch hierbei will Kollmorgen darauf hinweisen, dass dies bereits eine alte Debatte ist, die schon Anfang der 1990er Jahre stattgefunden hat. Diese Rückwirkung indiziert, dass wir eine Primärbeziehung haben, und dann kommt irgendwann noch die Umkehrung dazu. Kollmorgen fragt, ob das den Zustand heutzutage noch angemessen beschreiben kann. Allerdings muss er zugestehen, dass ihm selbst kein neues oder besseres Modell einfällt.

5. Wie kann man die Sozialberichterstattung weiterentwickeln? In der Podiumsdiskussion sind gerade einige Punkte angesprochen worden. Er würde mit Christine Weiske sagen, dass man mit Massendaten doch ganz offensichtlich an seine Grenzen stößt. Wir haben den Begriff des Anekdotischen dafür verwendet, dass man etwas von einer kleinen Veränderung in der Region hört. Das kann man in eine Sozialberichterstattung sehr schwer aufnehmen, da man die harten Daten dafür nicht hat. Es öffnet einem jedoch die Perspektive für hochdynamische Prozesse. Man kann dazu vielleicht mit qualitativen Daten und exemplarischen Vorgängen arbeiten.

Abschließend glaubt Kollmorgen, der Vergleich sollte gestärkt werden – vielleicht auch über Deutschland – Ostdeutschland-Westdeutschland – hinaus. Da wir diese Situation der doppelten Modernisierung auch in Mittel- und Osteuropa haben, könnte es vielleicht hilfreich sein, den Blick dort hinzuwenden.

Teilnehmerliste Werkstattgespräch 3: Ostdeutschland- Fragmentierte Entwicklung			
TU Berlin, 11./12. April 2006			
	<i>Name</i>	<i>Vorname</i>	<i>Institution</i>
1	Albrecht-Lohmar	Gabriele	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
2	Alda	Dr. Holger	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
3	Bartelheimer	Dr. Peter	Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen
4	Beer	Dr. Ingeborg	Stadtforschung + Sozialplanung, Berlin
5	Böhm	Dr. Birgit	Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung TU Berlin ZTG
6	Busch	Dr. Ulrich	Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin
7	Buss	Klaus-Peter	Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen
8	Dathe	Dr. Dietmar	Berlin
9	Dienel	Dr. Hans-Luidger	Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin
10	Engler	Brigitte	Berlin
11	Franz	Dr. Peter	Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
12	Fuchs	Tatjana	Internationales Institut für empirische Sozialökonomie, Stadtbergen
13	Grimm	Natalie	Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen
14	Hacket	Anne	Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München
15	Hanf	Dr. Thomas	Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg
16	Hauss	Dr. Friedrich	Braintools, Berlin
17	Himmelreicher	Dr. Ralf	Deutsche Rentenversicherung Bund- Forschungsdatenzentrum, Berlin
18	Jablonowski	Dr. Harry W.	Sozialwissenschaftliches Institut der EKD, Hannover
19	Jain	Dr. Angela	Nexus Institut, Berlin
20	Kil	Dr. Wolfgang	Berlin
21	Kollmorgen	Prof. Dr. Raj	Institut für Soziologie, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
22	Krause	Thomas	Wissenschaftlicher Mitarbeiter Peter Hettlich, MdB, Berlin
23	Kühl	Alexander	Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen, Berlin

24	Kühl	Jürgen	Berlin
25	Land	Dr. Rainer	Thünen-Institut für Regionalentwicklung, Bollewick
26	Lauinger	Holger	Berlin
27	Misselwitz	Dr. Hans	Parteivorstand der SPD, Berlin
28	Nölting	Dr. Benjamin	Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin
29	Pitschmann	David	Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin
30	Ragnitz	Dr. Joachim	Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
31	Robischon	Dr. Tobias	Schader-Stiftung, Darmstadt
32	Schäfer	Prof. Dr. Martina	Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin
33	Schmidt	Tanja	Berlin
34	Schmidt	Torsten	Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin
35	Schmidt	Jürgen	Berlin
36	Schridde	Stefan	Berlin
37	Surrell	Dr. Babette	Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung TU Berlin ZTG
38	Sondermann	Ariadne	Fachbereich Soziologie, Universität Siegen
39	Steiner	Dr. Christine	Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.
40	Struck	Dr. Olaf	Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena
41	Thomas	Dr. Michael	Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V.
42	Weber	Carolin	Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen
43	Weiske	Prof. Dr. Christine	Institut für Soziologie, TU Chemnitz
44	Wieck	Markus	Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen
45	Willisch	Andreas	Thünen-Institut für Regionalentwicklung, Bollewick
46	Woderich	Dr. Rudolf	Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V.
47	Wolter	Dr. Marc-Ingo	Gesellschaft für Strukturforchung, Osnabrück